

CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO-TIROLER ETSCHLAND

II. LEGISLATURA
II. LEGISLATURPERIODE

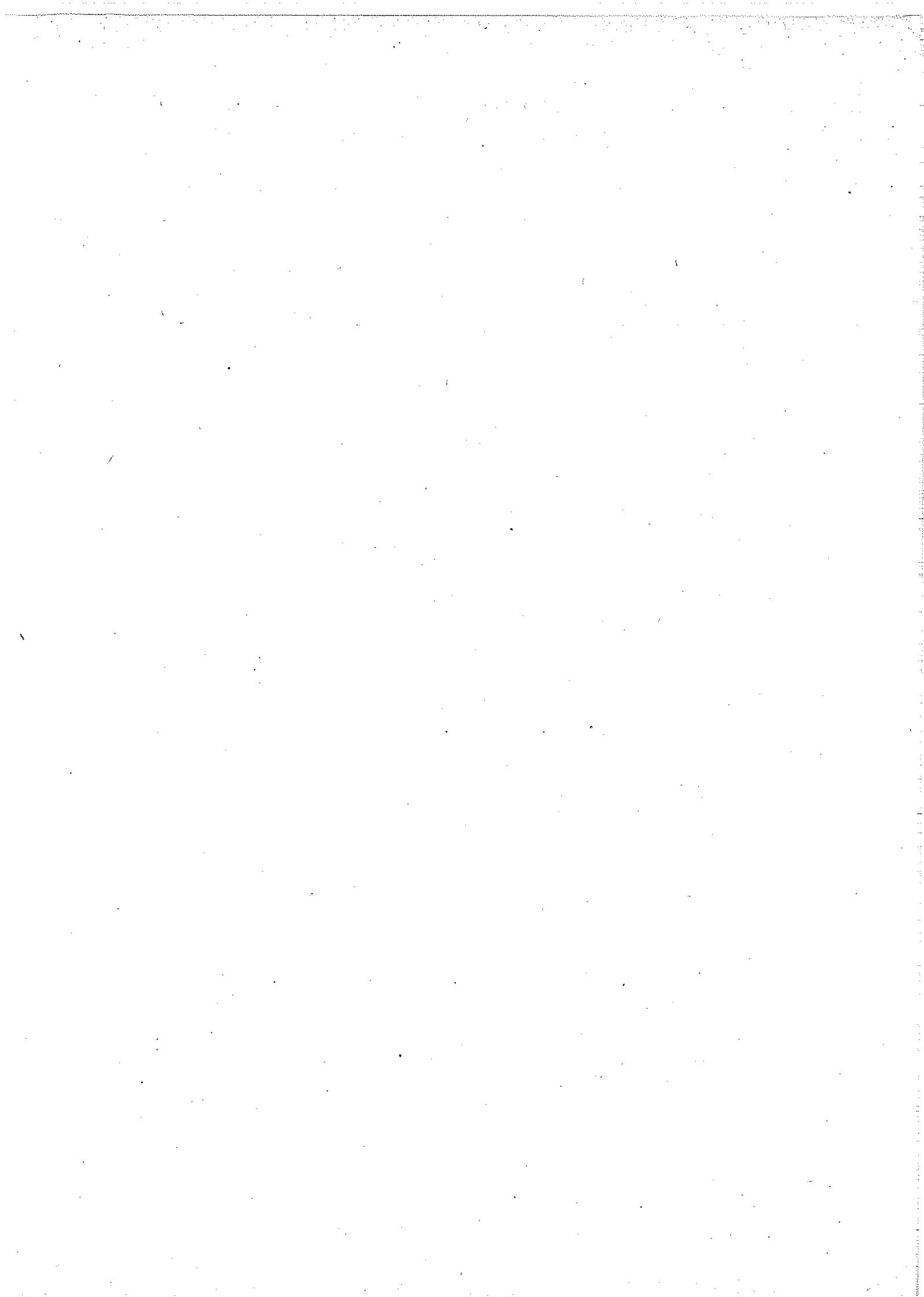
SEDUTA 92^ate SITZUNG

16 - 6 - 1955

INDICE - INHALTSANGABE

Eventuale elezione di un Assessore regionale effettivo del gruppo
linguistico tedesco.

*Allfällige Wahl eines Regionalassessors, welcher der deutschen Sprach-
gruppe angehört.*



PRESIDENTE: dott. Silvius Magnago.

VICEPRESIDENTE: avv. Riccardo Rosa.

Ore 10.

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

STÖTTER (Segretario - S.V.P.): (fa l'appello nominale).

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta del 15-6-1955.

PRUNER (Segretario - P.P.T.T.): (Legge il processo verbale).

PRESIDENTE: Osservazioni sul verbale? Il verbale è approvato.

La parola al cons. Molignoni.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Quale primo presentatore dell'interpellanza sulla questione dello stabilimento Lancia, nella quale chiedevo espressamente il diretto interessamento del Presidente della Giunta a favore della conciliazione del problema che si agita in questi giorni, sento il dovere di dare atto pubblicamente della appassionata ed intelligente opera condotta in questi giorni in laboriose sedute con le rappresentanze sindacali e con le rappresentanze padronali a favore della soluzione, soluzione che, pur lasciando impregiudicata la questione di principio, è valsa a sospendere, almeno in attesa della decisione romana, l'agitazione in corso; sento quindi il dovere di darne atto pubblicamente e di ringraziare a nome delle organizzazioni sindacali e particolarmente di quella che mi è più vicina, la UIL.

ODORIZZI (Presidente della Giunta Regionale - D.C.): Le dichiarazioni di Molignoni mi mettono in grado di dare anche al Consiglio, che era stato informato di questa pendenza, la notizia che si è raggiunto un accordo nello spirito della comprensione di questa

situazione che si era determinata in conseguenza di questi licenziamenti. Questa è la parte positiva che ci riempie di piacere, e credo che anche nell'accordo siano state considerate, con i dovuti riguardi, le tesi sostenute dai lavoratori. In ogni caso non per scambiarsi dei complimenti, ma dal momento che Molignoni ha voluto ringraziare me dell'opera svolta nella giornata di ieri e di stamane e dei giorni scorsi, mi sia consentito di ringraziare i colleghi del Consiglio che hanno partecipato a queste riunioni, i presentatori delle due interrogazioni, gli Assessori Bertorelle e Panizza; ringrazio della collaborazione data che è valsa a facilitare il mio compito.

PRESIDENTE: Continua la discussione sul punto 2) all'Ordine del giorno: "Eventuale elezione di un Assessore regionale effettivo del gruppo linguistico tedesco.."

Alla fine della discussione dovremo mettere in discussione l'ordine del giorno presentato da Mitolo. Vorrei comunicare al Consiglio che domani molti Consiglieri hanno degli impegni. Domani avverrà a Bolzano la inaugurazione della Mostra del libro austriaco, interverranno molte autorità italiane ed austriache. L'inaugurazione avviene alle ore 10,30 e molti Consiglieri mi hanno chiesto se era possibile...

ALBERTINI (Presidente della Giunta Provinciale di Trento - D.C.): Siamo tutti d'accordo.

PRESIDENTE: ...non fare Consiglio, nel qual caso si andrebbe a martedì. C'è qualcuno che è contrario alla proposta di non fare seduta domani e di riprendere martedì? Tutti d'accordo. Allora si va a martedì alle ore 9,30.

BRUGGER (S.V.P.): Die Entgegnung des Sprechers der D.C. läßt sich, abgesehen von der Absage hinsichtlich Durchführung des Art. 14, auf die einfache Formel bringen: Wir wollen die Autonomie für das Trentino verteidigen, in Südtirol hingegen in erster Linie die Italianität schützen und fördern. Daß wir die Autonomie in erster Linie im Sinne des Schutzes des völkischen

Charakters von Land und Volk in Südtirol durchgeführt wissen wollen, entspricht nicht nur dem völkischen Notstand, sondern auch den rechtlichen Formeln. Heißt es nicht im Pariser Vertrag, daß zur Erhaltung des Volkscharakters und zur Gewährleistung der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung der deutschen Volksgruppe Sondergesetze und unter anderem eine Autonomie gewährt werden soll? Enthält nicht Art. 2 des Autonomiestatutes denselben Gedanken? Sagt nicht die italienische Verfassung selbst in ihrem Art. 6, daß zum Schutze der sprachlichen Minderheiten Sondergesetze erlassen werden müssen? Wenn der Pariser Vertrag und das Autonomiestatut in seiner jetzigen Form diesen *Hauptzweck* verfehlen, dann müssen wir im Kampf um unsere völkische Existenz uns um andere rechtliche Werkzeuge bemühen oder die bestehenden verbessern. Daß die D.C. eine andere Auffassung von Autonomie hat als wir, merken wir in ihrer nachgiebigen und lässigen Haltung gegenüber der Zentralregierung, dort wo es um die rechtliche Durchsetzung des Autonomiestatutes geht. Sie hat ja schon den Staatsrat bemüht, um ihre einschränkende Auslegung des Grundsatzes des Autonomiestatutes über die völkische Vertretung in den öffentlichen Körperschaften punkto Regionalkreditinstitut zu unterstützen. Wir verargen es der D.C. gar nicht, daß sie als italienische Partei die Italiener verteidigen will. Diese Verteidigung darf jedoch nicht als Grund dienen, uns verbrieft Rechte vorzuenthalten. Das ist jetzt der Fall und dieser Zustand kann nicht mit der Zusammenarbeit einhergehen. Eure Zusicherung, den Verfassungsgerichtshof mit der Frage befassen zu wollen, ist, mehr noch als ein Verzögerungsmanöver, ein Mangel an Aufrichtigkeit. Denn um den Verfassungsgerichtshof anzugehen, braucht es ein Regionalgesetz, das von der D.C. mitverabschiedet werden muß. Dieses Regionalgesetz könnte sofort verabschiedet werden. Erhebt die Zentralregierung keinen Einspruch, müßte die regionale D.C. zufrieden sein, da sie ja angeblich nur Zweifel über die rechtliche Zulässigkeit des von uns angestrebten Überganges der land- und forstwirtschaftlichen Ämter auf die Provinz hegt. Wir sind dabei überzeugt, daß, wenn die regionale D.C. das Gesetz in Rom unterstützt, es dort auch angenommen wird. Wir behaupten, daß unsere Auslegung des Art. 14 rechtlich vertretbar ist. Ebenso beweisen wir, daß *unsere Vertreter* die Einfügung des Art. 14 in das Autonomiestatut verlangt und durchgesetzt haben. Der Grund dieser Forderung wurde vom damaligen Obmann unserer Partei klar gesetzt. Es stimmt, daß der Art. 14 unseres Autonomiestatutes gleichlautend ist mit dem Art. 118 der Verfassung. Dieser Verfassungsartikel ist durch zwei Staatsgesetze, jenes vom 10. Februar 1953 über die Organe der Regionen und jenes vom 11. März 1953 über die Übertragung von staatlichen Befugnissen örtlichen Interessens an die örtlichen Körperschaften, in

dem von uns verfochteten Sinne ausgelegt worden, was die Übertragung mit Regionalgesetz von Befugnissen von der Region auf die Provinz betrifft. Wenn nun alle oder fast alle Befugnisse einer Dienststelle einer bestimmten Körperschaft auf eine andere Körperschaft übertragen werden, dann folgt daraus, daß diese Dienststelle entweder aufgehoben oder, weil sie der anderen Körperschaft denselben Dienst leisten kann, eben an diese Körperschaft abgetreten wird. Hat nicht die Region primäre Zuständigkeit für Organisation ihrer Verwaltung und die Personalordnung? Eine zum Großteil aus christlichdemokratischen Abgeordneten, Senatoren und Provinzverwaltern, alles hervorragenden Juristen, bestehende Studienkommission in Mailand ist über die Anwendung des Art. 118 der Verfassung auf die gewöhnlichen Regionen zum Schluß gekommen, daß die Land- und Forstwirtschaftsämter auf die Provinz überzuleiten sind. Wenn der gute Wille vorhanden wäre, könnte die Angelegenheit tatsächlich, wie die D.C. behauptet, als eine verwaltungstechnische behandelt und ohne politische Begleitmusik abgetan werden. Wir möchten, daß die vom Sprecher Dalvit gewürdigten Anstrengungen des Regionalpräsidenten Odorizzi nicht wie bisher dahin gehen, hartnäckig die von einem Drittel der Regionalbevölkerung, der deutschen Mehrheit der Provinz Bozen, verlangte Durchführung eines Grundsatzes des Autonomiestatutes, der auch im Pariser Vertrag verankert ist, zu bekämpfen und zu verweigern. Wir sind an einem Punkt angelangt, wo die christlichdemokratische Partei erklärt, sie könne im Interesse der Italianität Südtirols die im Interesse der deutschen Volksgruppe geschriebenen Artikel nicht oder nur in sehr eingeschränktem Maße durchführen. Wir hören das alte Lied von der Macht, die vor dem Recht kommt, aus dem Munde der italienischen katholischen Zentrumspartei, die sich wenigstens im Trentino immer noch als Autonomistenpartei erklärt, ja um ihre Autonomie nicht dem Pariser Vertrag zu verdanken, dieselbe im Vertrag von Saint Germain verankert wissen will.

Wir haben seit eh und je unsere Beschwerden und unsere Zielsetzung im Regionalrat aufrichtig vorgebracht. Entgegen den Behauptungen von Regierungsorganen, auch im Zusammenhang mit der jüngsten Vorsprache des Präsidenten Odorizzi beim Ministerpräsidenten Scelba, behaupten wir, daß der Pariser Vertrag und das Autonomiestatut zum größeren Teil dem Buchstaben und dem Geiste nach nicht durchgeführt sind. Wir scheuen keine unparteiische Untersuchung über diesen Sachverhalt! Es ist machiavellistische Politik, uns die Vollverwirklichung des Pariser Vertrages und des Autonomiestatutes zu verweigern, weil wir nicht still sind. Die Gerechtigkeit ist das Fundament der Reiche. Wenn nach der faschistischen Unterdrückung ein internationaler Vertrag und ein Verfassungsgesetz zum

Schutze einer Volksgruppe, die ein Zweihundertstel der Staatsbevölkerung ausmacht, 9 bzw. 7 Jahre nach ihrem Inkrafttreten in wesentlichen Teilen nicht durchgeführt sind, ja diese Volksgruppe im Wege einer sogenannten natürlichen Entwicklung in absehbarer Zeit in ihrem angestammten Siedlungsgebiete überfremdet zu werden droht, entsteht spontan die Frage nach dem guten Willen auch des italienischen demokratischen Staates, unsere Volksgruppe nach Recht und Gerechtigkeit zu behandeln. Das moralische Fundament des Anspruches auf Loyalität gerät ins Wanken.

Die Weigerung der D.C., die Verwaltungsdezentralisierung auf die Provinz Bozen mit der deutschen Mehrheit im Landesauschuß durchzuführen, hat den Rücktritt eines der zwei uns zustehenden Mitglieder des 7-gliedrigen Regionalausschusses bewirkt. Die S.V.P. hat beschlossen, aus Protest keinen Nachfolger für den der deutschen Volksgruppe zustehenden Posten vorzuschlagen. Unser Volk, und im besonderen die bäuerliche Bevölkerung, wartet seit Jahren auf die Durchführung der versprochenen Verwaltungsdezentralisierung. Der hartnäckige Widerstand der D.C. wird als ein Überhandnehmen der nationalistischen Richtung empfunden.

Damit ist die bisher gepflogene Zusammenarbeit in Frage gestellt. Wir haben lange, zu lange zugewartet, wir haben die Geduld, die uns gepredigt worden ist, geübt. Wir verlangen Recht und Gerechtigkeit bevor es zu spät ist!

ODORIZZI (Presidente della Giunta - D.C.): La traduzione!

MITOLO (M.S.I.): Posso avere una copia, per favore?

PRESIDENTE: Non c'è ancora.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Non si potrebbe avere una copia?

PRESIDENTE: Non è ancora fatta (si procede alla traduzione).

MOLIGNONI (P.S.D.I.): La stanno facendo ora?!

MENAPACE (Indipendente): La discussione che si è svolta in relazione alle dimissioni dell'Assessore Dietsch è di tale importanza e portata, per cui nessuno può esimersi in tale circostanza dall'esprimere il proprio pensiero. Permettete, egregi Colleghi, che io mi rivolga in modo particolare ai colleghi del gruppo linguistico tedesco, ai quali è noto, a quelli che siedono oggi in questo Consiglio come agli altri che del Consiglio fecero parte nella prima legislatura, come io abbia sempre appoggiato con animo chiaro e sereno le loro aspirazioni in quanto riflettevano il ristabilimento di una minoranza linguistica nei diritti che ogni Stato moderno, o democraticamente ordinato, a tali minoranze rico-

nosce. Avendo davanti agli occhi e conoscendo l'ordinamento dei paesi nei quali la convivenza di stirpi e di lingue diverse è ormai un fatto collaudato e duraturo, trovo nell'animo profonde e giustificate ragioni per ritenere possibile una leale collaborazione dei due gruppi linguistici, italiano e tedesco, nell'ambito della nostra Regione, e a ciò mi conforta il sapere che le difficoltà, e gli attriti, e anche se vogliamo dire, i conflitti, non sono per nulla una nostra particolarità da attribuirsi al fatto che questa Regione è ai primi anni ed ai primi passi della sua ardua esistenza. No, tali difficoltà, attriti e conflitti sono ordinari fenomeni là dove convivono gruppi linguistici differenti, e non si creda che tali dissidi vadano esenti da espressioni acerbe e da recriminazioni e anche da reciproche accuse. I rapporti umani sono sempre difficili e più difficili diventano quando talune differenziazioni sembrano preconstituire un fattore di separazione o di distinzione. Ma lo stato di diritto e in esso le norme costituzionali che prevedono l'ordinamento autonomistico sono, nella storia moderna, strumenti atti ad assicurare, come infatti assicurano in molti Paesi che non serve qui enumerare, l'ordinata convivenza di comunità linguistiche differenti sotto una medesima definizione di sovranità nazionale.

Per queste ragioni non potrei aderire al punto di vista espresso dal collega Mitolo, secondo il quale alla radice del presente conflitto starebbe la concessione dell'autonomia alla nostra Regione. Infatti le autonomie regionali non sono mai state la causa dei conflitti fra i gruppi linguistici. Una strutturazione autonomistica contiene sempre in sé, per sua natura, il conferimento di competenze, di attribuzioni, di investiture periferiche attraverso le quali il potere centrale intende ricomporre le difficoltà e tenta, attraverso strumenti forniti dal metodo democratico, di soddisfare le richieste legittime delle minoranze nei limiti dettati dalla sicurezza e integrità dello Stato. Non è mai l'autonomia quella che ostacola la pacifica convivenza fra i gruppi etnici e linguistici, ma sono semmai quelle riserve mentali alle quali ha fatto allusione il collega Mitolo. Esistono o sono esistite nel caso nostro tali riserve mentali? Non lo so. Per saperlo bisognerebbe poter fare il processo alle intenzioni, cosa che non intendo fare io e che certamente non vuol fare neppure Mitolo, data la professione stessa che egli esercita...

MITOLO (M.S.I.): La professione politica!

ODORIZZI (Presidente della Giunta Regionale - D.C.): La professione di avvocato!

MENAPACE (Indipendente): ...in sede politica. Quanto ebbe a dichiarare l'Assessore Dietsch nella seduta di martedì, 14, dichiarazione che era stata in parte già precedentemente resa pubblica nelle sue parti sostanziali nel "Dolomiten", porta alcuni elementi analitici che non potrebbero da me e da alcuni altri Consiglieri

essere valutati, perché si riferiscono a particolari di ordine strettamente amministrativo la cui conoscenza completa e minuta può essere solo dei membri della Giunta. Ma un concetto contenuto nella dichiarazione può e deve essere valutato anche da noi nella nostra qualità di rappresentanti della Regione espressi nel Trentino.

L'Assessore Dietl afferma che il riconoscimento di una autonomia al gruppo linguistico tedesco doveva attuarsi all'infuori della creazione della Regione Trentino-Alto Adige. Ora noi siamo pure obbligati a chiederci se la concessione della autonomia ai trentini possa significare limitazione o restrizione dell'autonomia concessa al gruppo linguistico tedesco.

Tale significato di limitazione e di restrizione non venne certo affermato al momento dell'approvazione dello Statuto nel gennaio del 1948 quando il Presidente della Commissione, on. Perassi, affermava che la Commissione era lieta che un apprezzamento particolare gli fosse giunto attraverso una lettera del Presidente della S.V.P. che si dichiarava favorevole a nome della sua organizzazione. Quindi, senza alcuna riserva! Di riserve per lo meno non vi è traccia negli atti relativi alla preparazione ed all'approvazione dello Statuto speciale. A questo riguardo non pare storicamente accettabile la affermazione contenuta nella dichiarazione presentata dal dr. Brugger il giorno 10, laddove egli parla "dello Statuto regionale impostoci,,. L'on. Uberti in quella medesima occasione, come relatore, aggiungeva che "si era cercato di stabilire un accordo fra i gruppi linguistici della Regione in modo che tutti i gruppi avessero possibilità di convivere in armonia senza pretese di prevalenza dell'uno sull'altro,,. L'on. De Gasperi poi, rilevato che il progetto di Statuto era di iniziativa del Governo, soggiungeva che "si era sul terreno dell'applicazione degli Accordi di Parigi nel campo della sovranità dello Stato creando garanzie costituzionali per le minoranze,,. Fa certamente torto a se stessa quindi l'espressione del collega Brugger che definisce il gruppo linguistico tedesco come "corpo estraneo nello stato nazionale italiano,,. Forse è una frase dovuta all'esuberanza giovanile del collega Brugger, ma certo è un'affermazione forte perché sempre...

CAMINITI (P.S.D.I.): Non l'ha scritta lui la dichiarazione!

MENAPACE (Indipendente): ... in occasione dell'approvazione dello Statuto veniva affermato che lo spirito degli accordi di Parigi, sul cui terreno ed in applicazione del quale sorgeva lo Statuto, era quello di collaborazione e cooperazione fra i cittadini di lingua italiana e quelli di lingua tedesca. E' evidente, d'altra parte, che lo Statuto è uno strumento limitato e non potrebbe fornire, per il raggiungimento dei suoi fini, dei mezzi sovrani, secondo l'espressione del collega Brug-

ger. Anche qua la storia non procede a sbalzi, ma a passi graduali e non voglio negare che domani non si possa arrivare a una formula migliore, del resto da molti di noi auspicata, nella cornice del federalismo europeo, e appunto in codesta visione europeistica penso che debbano trovare pacificazione e soluzione i problemi di ordine nazionalistico, etnico e linguistico.

A questo deve contribuire l'alta funzione informativa della stampa, funzione che, mirando alla formazione di una coscienza politica, non può esimersi dall'esattezza dell'informazione. Purtroppo qualche volta si è verificato il caso di giornali stranieri che hanno tendenziosamente presentato e commentato alcuni aspetti dell'attualità politica alto-atesina, e di giornali italiani che hanno frettolosamente tirato conclusioni da notizie monche, da premesse sbagliate.

Tornando all'istanza regionalistica delle popolazioni trentine che è stata presa in considerazione dal Governo nella predisposizione degli Statuti speciali, è poi da affermarsi che accanto alle storicamente più recenti richieste autonomistiche del popolo trentino, le quali aspirazioni autonomistiche risultano dai documenti nelle esplicite richieste di autonomia avanzata nel 1848 alla Dieta di Francoforte dai Deputati trentini, dei quali era il maggiore esponente l'Abate Giovanni a Prato, codesta istanza autonomistica ha poi avuto innumerevoli manifestazioni che in questa occasione sarebbe troppo lungo enumerare. Basterà dire che sul terreno della realtà concreta i trentini hanno diviso con i rappresentanti tedeschi del Tirolo una larga epoca di amministrazione. Dopo la guerra del 1918 i trentini rinnovarono e ripeterono i motivi delle loro aspirazioni autonomistiche, di cui sono noti i documenti e di cui è notissimo il negativo esito, che divenne positivo solo col nuovo periodo storico che ora si svolge. Della tenacia con la quale i trentini hanno portato avanti la battaglia sono buon testimonio io stesso avendo avuto in quella battaglia qualche piccola parte. Quindi la affermazione del nostro diritto come trentini a condividere questa autonomia mi sembra confermata e documentata. In un punto si può tuttavia dare ragione all'atteggiamento di Dietl e trovare spiegabile la dichiarazione fatta dal cons. Brugger a nome del gruppo consiliare della S.V.P., ed è nel fatto della tuttora carente interpretazione del contenuto, dell'estensione e della portata dell'art. 14 e non di esso soltanto, carente interpretazione dovuta al fatto che singole contestazioni del tipo di quelle indicate dal cons. Brugger richiamando il 6.o degli 8 punti presentati nel dicembre del 1953, non poterono essere sottoposte al giudizio della Corte costituzionale, la quale fino ad oggi non esiste, per quanto essa costituisca l'organo essenziale di un ordinamento statale completo; e questo non lo dico nella illusione che la presenza della Corte costituzionale costituisca la fine degli attriti fra i gruppi linguistici;

istruito dalla storia trovo necessario, al contrario di quel politico che nutriva fiducia, non nutrire illusioni. Credo però lecito e doveroso affermare che la esistenza della Corte costituzionale è indispensabile perché è un mezzo di più e un mezzo insigne per la risoluzione di conflitti tanto frequenti e tanto inevitabili, e perché solo dopo aver compiuto tutto intero il proprio dovere si è nella convinzione di far valere tutto intero il proprio diritto.

PUPP (S.V.P.): Zur Angelegenheit der rotierenden Landwirtschaftsassessoren, wie Herr RR. Bruschetti es gestern zu nennen beliebte, muß ich mir auch einige Feststellungen erlauben, nachdem ich ja auch einmal zu diesem Rotationskörper gehörte.

Ich möchte an erster Stelle eine von Herrn RR. Bruschetti angedeutete Ansicht als etwas irrig hingestellt. Herr RR. Bruschetti hat durchblicken lassen, daß die Partei die verschiedenen Landwirtschaftsassessoren freiwillig zurückgezogen oder nicht mehr bestätigt hätte. Herr Landwirtschaftsassessor Teßmann ist freiwillig aus Gesundheitsrücksichten von seinem Amte zurückgetreten. Nach meiner Wiederwahl zum Regionalrat wurde ich ausdrücklich von der Partei gefragt, ob ich das Landwirtschaftsassessorat in Trient weiterbehalten will oder nicht. Ich habe mich entschlossen, für das Assessorat der öffentlichen Arbeiten in der Provinz zu optieren, weil ich dadurch glaubte, sachlich mehr für das Volk tun zu können denn als Landwirtschaftsassessor. Dies muß ich besonders betonen, weil Herr RR. Bruschetti mit vollem Recht gesagt hat, daß der ständige Wechsel der Assessoren bestimmt nicht zum Nutzen der Landwirtschaft, zum Nutzen der Sache selbst sein kann; das braucht man nicht näher zu betonen und zu beweisen. Daß mein damaliger Entschluß, nicht mehr das Landwirtschaftsassessorat anzunehmen, richtig war, beweist mir folgendes: es ist mir zu Ohren gekommen, daß vor einigen Tagen landwirtschaftliche Techniker ausdrücklich und unter Androhung des Rücktrittes vom Dienste dagegen protestierte haben, daß ich noch einmal Landwirtschaftsassessor werde. Im gleichen Schreiben hat man Herrn Baron von Unterrichter erwähnt, gegen den auch protestiert wurde, obwohl er bestimmt mehr Erfahrung auf dem Verwaltungsgebiet hätte als sämtliche Landwirtschaftsassessoren von früher.

Also, wenn von diesen Seiten, die bestimmt das Landwirtschaftsassessorat voll und ganz kennen, Proteste gegen meine Person erhoben wurden, dann werden diese auch richtig sein und somit habe ich auch mit vollem Recht den Posten nicht mehr angenommen.

Ich möchte weiterhin noch folgendes feststellen: aus den Entwicklungen der letzten Monate gewinnt man den Eindruck, daß die Frage der Anwendung des Art. 14 erst in diesen letzten Monaten akut geworden wäre,

daß also die früheren Regionalräte, die Regionalräte der ersten Legislaturperiode, sich um diesen Art. 14 überhaupt nicht gekümmert hätten. Zur Ehrenrettung dieser Herren Regionalräte der früheren Legislaturperiode muß ich folgendes hinzufügen:

Vom ersten Jahre der Tätigkeit der Autonomie an ist der Art. 14 von uns immer vorgetragen und verhandelt worden, es wurden viele Sitzungen darüber abgehalten und viele Regionalräte haben sich bemüht, nach Möglichkeit die Anwendung des Art. 14 durchzusetzen. Im übrigen beweist schon die Anwesenheit des RR. Dr. Benedikter in der früheren Legislaturperiode, daß diese Frage bestimmt in der ersten Legislaturperiode nicht geschlafen hat.

Freilich kann man uns den Vorwurf machen, daß wir die Frage mit zu wenig Entschiedenheit und Betonung vorwärts getrieben haben. Nun, dazu folgendes: Als ich Landwirtschaftsassessor war, habe ich einigemal mit Herrn Regionalpräsidenten Odorizzi wegen der Anwendung des Art. 14 in der Landwirtschaft Rücksprache gepflogen. Ich habe da gesehen, daß diese Barriere nicht leicht zu überwinden ist und dann habe ich mir gedacht, versuchen wir halt einen anderen Weg, um dem Sinne des Art. 14 gerecht zu werden. Der Art. 14 sagt ja nicht nur, daß man die Verwaltungstätigkeit auf die Provinzen übertragen muß, sondern auch auf andere Ämter, und da habe ich mir gedacht, versuchen wir es eben einmal mit einem anderen Amt und ich habe dann das Gesetz für die Landwirtschaftskammern ausgearbeitet. Dieses Gesetz ist vom Regionalausschuß verabschiedet worden und dem Regionalratspräsidenten zur weiteren Behandlung im Regionalrat zugeleitet worden.

Ich vertrete heute noch die Ansicht, daß man mit einer vernünftigen Landwirtschaftskammer die Dezentralisierung, die Delegierung der gesamten Verwaltungstätigkeit auf diesem Gebiete sicherlich sehr gut durchführen könnte. Mein damals vorgebrachtes Gesetz mag verschiedene Schwächen, verschiedene Mängel gehabt haben, ich gebe es ohne weiteres zu, ich bin ja kein Jurist, aber ich habe das Gesetz ja nicht allein ausgearbeitet, so viel kann man mir ja gar nicht zutrauen, sondern ich habe ja auch viele berühmte und wirklich bewährte Fachkräfte auf diesem Gebiete gehört; wir haben zusammen mit den Herren Regionalräten von Trient und Bozen das Gesetz oft und oft durchbesprochen und wir waren alle der Ansicht, daß mit der Kammer wirklich eine Delegierung, eine praktische Anwendung des Art. 14 hätte durchgeführt werden können. Nun, wenn das Gesetz nicht gepaßt hätte, wenn es nicht richtig befunden worden wäre, so hätte man es ja ohne weiteres feilen, verbessern und umändern können. Aber das war meine Idee: ich glaube, ich habe das Recht und die Pflicht dies zu meiner Verteidigung hier vorzubringen.

Nun noch etwas polemischer Natur: Die Rede des Herrn RR. Mitolo paßt so richtig hinein in die in den

letzten Monaten entfachte verleumderische unerhörte Pressekampagne gegen das Südtiroler Volk — nicht ausgeschlossen davon das führende Blatt der Democrazia Cristiana. Auf diesem Boden, meine Herren, werden wir nie eine Zusammenarbeit erreichen, denn ich habe mich selbst überzeugen können, daß dort vorgebrachte Meinungen direkt erfunden und an den Haaren herbeigezogen sind, daß also daran gar nichts Wahres ist. Nehmen wir z. B. einmal an, was Herr Mitolo angedeutet hat über diese Attentate, die in letzter Zeit verübt worden sind, z. B. das Attentat auf die berühmte Reitersäule in Waidbruck. Ich habe mich da an Ort und Stelle interessiert, was das für schwere Attentate waren: es ist etwas Lächerliches, eine reine Formsache, ein Attentat, das niemals die Säule hätte erschüttern können; und mit dem gleichen Recht, mit dem Mitolo und Genossen unsere Volksgruppe beschuldigen, diese Attentate zu verüben, kann ich behaupten, daß einer von ihrer Volksgruppe diese Attentate ausgeführt hat, um eben uns dieses Verbrechen andichten zu können. Herr Mitolo, Sie können das nicht beweisen, ich auch nicht, obwohl tagtäglich Hunderte von Carabinieri Hausdurchsuchungen in der ganzen Gegend machen, aber bis heute noch nichts haben entdecken können. Zum Schluß füge ich noch ganz kurz hinzu: Herr Mitolo, wenn einer von unsere Volksgruppe ein Attentat gemacht hätte auf diese Reitersäule — bitte, wir haben gar keine Absichten, Attentate zu machen, sondern wir sind ein ruhiges Volk und lehnen das ab — dann wäre die Säule zerstäubt — im ganzen Eisacktal würden die Teile herumliegen — und nicht so fest und herausfordernd — am gleichen Platze stehen wie vor Monaten.

(Si esegue la traduzione).

DALVIT (D.C.): Che cosa vuol dire "membri dell'Assessorato,,?

PRESIDENTE: Qui c'è un equivoco, Pupp ha detto ciò non in riferimento alla sua non accettazione di due o tre anni fa, non in riferimento alla protesta che ci sarebbe stata; ha detto che lui non ha più accettato l'Assessorato ed ha preferito prendere i LL.PP. della Provincia di Bolzano. Poi ha detto separatamente che è venuto a conoscenza che ci sarebbe stata una protesta da parte dei dipendenti dell'Assessorato stesso qualora egli avesse assunto questo Assessorato ex novo; così ho capito.

DALLA ROSA (D.C.): E' commovente!

PRESIDENTE: Non in connessione con la decisione presa anni fa!

CAMINITI (P.S.D.I.): Preoccupazioni attuali!

ODORIZZI (Presidente della Giunta Regionale - D.C.): Di che genere di impiegati si sarebbe trattato? Tedeschi?

PUPP (S.V.P.): Probabilmente.

(continua la traduzione)

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Entità del gesto?

MITOLO (M.S.I.): Il gesto c'è stato! La storia dei coscritti non la dice?

PUPP (S.V.P.): Non la conosco!

MITOLO (M.S.I.): Ah, non la conosce?!

(continua la traduzione)

CAMINITI (P.S.D.I.): Signor Presidente, signori Consiglieri, ho l'impressione che l'Assessorato all'agricoltura sia uno dei tappeti più pericolosi per la prova degli uomini politici regionali, e forse proprio per quel suo intuito naturale Pupp bene ha fatto a non ritornare su questo tappeto incantato, che, come nelle vecchie fiabe, finisce per trasformare gli uomini validi in ammalati o addirittura li costringe a scomparire dalla sala del Consiglio quando si discutono le dimissioni dello Assessore interessato, — perché invero strano mi sembra in questa stranissima crisi, che mentre si discute del gesto e delle premesse e conseguenze del gesto compiuto da un Assessore responsabile, egli sia assente ed estraneo a questa discussione che doveva interessarlo in modo quanto meno uguale agli altri Consiglieri!...

PRESIDENTE: Siccome lei non c'era: il punto primo: "accettazione delle dimissioni,, è già esaurito, quindi si parla non delle dimissioni ma della elezione.

CAMINITI (P.S.D.I.): Grazie, Presidente, lei è un difensore d'ufficio veramente garbato, ed io desidero darle atto; comunque penso che all'Assessore Dietl non avrebbe fatto male sentire qualche cosa che poteva interessare ancora il suo operato, più o meno compiuto.

Torniamo a questa crisi, ripeto, strana, e alla quale siamo un po' abituati, perché mi pare che nella passata legislatura proprio per via dell'agricoltura abbiamo avuto un periodo di tensione acutissimo e ad un certo momento stava per scoppiare la bomba, ma essa non esplose perché ci fu un ripiegamento da parte di chi ne aveva interesse, ripiegamento che portò alla normalizzazione, almeno per il momento, della situazione. Strana crisi mi sembra questa per un fatto soprattutto: perché è una crisi a un occhio; sì, in fondo la S.V.P. in seno alla Giunta ha due occhi, con o senza occhiali, gli occhi con cui la S.V.P. guarda l'operato e segue e lavora in seno alla Giunta sono due e cieco in questo momento — parlo in senso figurato — è rimasto solo uno, il vuoto è soltanto su di uno scanno, e le crisi non si fanno in questo modo, si fanno seriamente: o si va o si resta. Non si può, insomma, conducendo una vita politica, dormire con un occhio e lasciare l'altro aperto, perché si dorme male. E' il vezzo di quegli ammalati di

nervi i quali non sapendo se la notte devono restare svegli o dormire, finiscono per dormire con un occhio solo; si dorme male, e l'indomani mattina alzandosi si lavora peggio. Strana questa crisi mi sembra per questa situazione, per cui un Assessore se ne va ma non per problemi che riguardano tecnicamente o politicamente la sua persona, ma per un problema che interessa e investe l'azione di tutta la Giunta; ma l'altro rimane. E' una situazione la cui stranezza...

BRUGGER (S.V.P.): Saragatiana! (*ilarità*).

CAMINITI (P.S.D.I.): Se lei permette, amico Brugger, vorrei dirle brevissimamente che per quanto riguarda la mia persona — e questo lo dico anche per qualche Consigliere regionale di lingua italiana — per quanto riguarda la mia persona ho sempre ritenuto inopportuna la presenza del partito socialista democratico al Governo, sia a questo come ad un altro — mi permetta questa digressione — perché un partito giovane, come il partito socialista democratico, non si può permettere certi lussi!

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Opportuno o no, sono tutti là e semmai se ne andranno tutti assieme, non uno alla volta!

CAMINITI (P.S.D.I.): Questo va anche detto! Comunque in questa situazione, che non può, sia per quello che è stato detto che per quello che dirò, essere messa sullo stesso piano di altre situazioni politiche, locali e nazionali, siamo già da sei anni; è una situazione cronica, è una malattia costante che ha di quando in quando delle acutizzazioni, poi si prende qualche pillola o si adopera qualche fiala di morfina, l'ammalato si calma, continua la sua attività normale per qualche tempo, poi riprende un accesso di febbre violentissima e si arriva a situazioni o come quella di tre anni fa quando il povero Tessmann dovette ammalarsi per forza e andarsene, o a quella di adesso in cui il buon Dietl non si ammalò ma se ne andò sano e salvo, almeno in salute. Perché tutto questo? Perché c'è una strana concezione e visione di quelle che sono le forze e gli interessi dell'autonomia regionale, di quelli che sono gli interessi e le forze delle popolazioni locali e c'è ancora un più strano modo di vedere i rapporti fra lo Stato e la Regione, fra la Nazione e il settore dell'autonomia, per cui ad un certo momento avvengono cose di questo genere: mentre a Trento si chiede l'attuazione integrale dell'art. 14, nello stesso periodo, nello stesso giorno, ad Innsbruck, si fanno manifestazioni che interessano le stesse persone, gli stessi strati che a Trento si occupano di autonomia tuttora. Ora sono cose che a lungo andare non possono rimanere senza destare gravi preoccupazioni e gravi situazioni.

Ricordo 4 anni fa circa, di aver parlato e scritto in

ordine a una mia convinzione secondo la quale la Giunta regionale aveva assunto un indirizzo non rispondente alla situazione e che quindi le crisi che man mano si sono avverate erano da considerarsi una progressione di crisi di un unico indirizzo; era la crisi dell'indirizzo regionale che è stato dato dal primo momento. Indirizzo regionale in cui i due partiti cattolici di lingua italiana e tedesca hanno ritenuto di dare uno svolgimento particolare, che è quello che è, e sul quale oggi non si potrebbe neanche soffermarsi per un momento perché ci vorrebbero delle ore di discussione e di riesame; ma che l'indirizzo fino ad oggi seguito non sia certamente il più idoneo è dimostrato dal fatto che a ogni pie' sospinto ci troviamo di fronte a situazioni difficili che talvolta si superano con intese, con patteggiamenti e compromessi, ma che ad un certo momento sfociano in situazioni come l'attuale.

Agli amici di lingua tedesca vorrei chiedere: ma come mai voi che siete molto intelligenti quando lo volete essere, come mai non vi rendete conto che il voler chiedere la attuazione piena dell'art. 14 in funzione unica della Provincia è un errore?! Perché l'art. 14, se volete chiedere come è da applicarsi integralmente, lo dovete leggere per intero. E' una questione che abbiamo già discusso; l'art. 14 non dice che tutte le attività della Regione devono essere delegate solo alla Provincia, ma parla anche di Comuni ed anche di altri enti, cioè parla di amministrazioni che esistono già, e non dei consigli agrari che voleva formare l'amico Pupp, che non sono neanche enti, fra l'altro, ma sono organizzazioni di altra natura e di altra configurazione, sulla quale dovremo ancora decidere e metterci d'accordo. Ora voi capite che ad un certo momento il delegante ha anche il diritto di scegliere, e non potete voi, che dovete essere delegati, che chiedete di essere delegati, imporre la scelta al delegante, perché allora siete voi i deleganti e non più la Regione. E' una questione di principio che non avete mai voluto prendere in considerazione, e costantemente e con tenacia degna di migliore causa avete continuato a chiedere il decentramento in funzione dell'art. 14 solo per la Provincia. Evidentemente da gran parte degli organi regionali si sono maturate delle preoccupazioni sia in ordine a questa costante richiesta unilaterale ed univoca, sia anche in relazione al resto delle attività che voi in sede politica estranea alla Regione, ma non del tutto estranea alla Provincia, continuate a svolgere in Italia e fuori d'Italia. Perché tutto quello che la stampa austriaca scrive, tutto quello che la stampa germanica scrive, quello che la stampa inglese qualche anno fa ha scritto e quello che talvolta la stampa francese fa apparire e che è di ispirazione locale, deve necessariamente preoccupare i responsabili di una Nazione, perché il punto è questo: siamo tutti facenti parte di uno Stato o non lo siamo? Vorrei che si desse una risposta chiara ed univoca a questa doman-

da. Riteniamo che lo Stato italiano abbia una sovranità da esercitare anche nei confronti della Regione e dei cittadini di lingua tedesca o no? Perché, se noi riteniamo che questa sovranità ci sia e sia indiscussa, alcune attività, alcune tesi, alcune richieste, alcune manifestazioni ed alcuni discorsi fatti dai Consiglieri regionali all'estero — Consiglieri che siedono su questi banchi — non si possono fare! E poi vi siete ricordati che attraverso una serie di richieste riguardanti tutti i settori si è sempre cercato di creare un solco sempre più profondo in Alto Adige fra i cittadini di lingua tedesca e i cittadini di lingua italiana? Vi siete chiesti se proprio questa sia la difesa delle caratteristiche etniche prevista dai patti Degasperi-Gruber o se invece questo costante stato di tensione — che sfocia nei fatti di Dobbiaco in cui una macchina di cittadini italiani viene fermata da coscritti, i cittadini presi, tirati giù e bastonati, — vi siete chiesti se una situazione di questo genere di continua tensione, di esasperazione costante, agevolata dalla propaganda politica e soprattutto dalla propaganda della stampa, non sia contraria allo spirito che ha determinato il nascere degli accordi Degasperi-Gruber? Ci siamo domandati tutti quanti, io compreso, se non sia il momento di rientrare tutti su un binario di maggiore normalità nel senso di indirizzare la nostra opera al fine di ottenere la sempre maggiore intesa fra i due gruppi e non il maggiore dissenso? Ci siamo chiesti se i nostri figli cresciuti ed educati come sono oggi, indicandosi ciascuno, l'uno verso l'altro, come nemici e avversari, domani saranno in grado di poter stare assieme nelle pubbliche amministrazioni per decidere serenamente sulla vita delle popolazioni, sulla attività, sul benessere di questa Regione? A me sembra che se non si sgombra finalmente il terreno dalle pregiudiziali irredentistiche, non sarà possibile avere una vita tranquilla in Alto Adige e la Regione avrà esaurito, se non addirittura scontato, il suo compito fondamentale per il quale era stata creata. Io penso che noi abbiamo ancora la possibilità di rivedere le situazioni e raddrizzarle. La strada da seguire è la stessa, è quella che ho sempre indicato e che mi permetto di indicare ancora: primo, convivenza dei due gruppi etnici nello ambito della Provincia prima e della Regione dopo, considerando come indiscussa e indiscutibile la sovranità dello Stato italiano; secondo, il gruppo etnico tedesco è fatto di 2/3, il gruppo etnico di lingua italiana è di 1/3; quindi non si può continuare a dire e a scrivere che l'Alto Adige è la patria esclusiva ed unica dei cittadini di lingua tedesca perché questo terzo di cittadini di lingua italiana ha anch'esso guadagnato i suoi diritti di cittadinanza, e non c'è nessun motivo perché i miei figli o i figli degli altri che sono nati o venuti da queste parti si debbano considerare estranei di fronte ai figli dei cittadini di lingua tedesca! Non per ragioni nazionalistiche, non per ragioni di sangue o altro, vo-

zizzania fra i due gruppi etnici. Se imposteremo tutto il nostro lavoro di legislatori e di amministratori per gliamo essere ancora più umani: per ragioni del nostro lavoro. Perché il diritto alla cittadinanza oggi si acquista in base alle proprie capacità e al proprio lavoro e questo diritto non può essere sprezzato e conculcato solo perché si è nati in una città lontana da Bolzano!

Se noi avremo impostato chiaramente il problema dell'autonomia, art. 14 o meno, tenendo presente questo ed altri principali punti, che i colleghi indicheranno e che ritengo fondamentali per la convivenza di gruppi etnici diversi, allora avremo certamente compiuto un passo avanti affinché questa autonomia possa essere tradotta in uno strumento di benessere nei confronti di tutti i cittadini che qui risiedono. Ed allora potremo dare agli indirizzi dell'attività della Giunta regionale aspetti nuovi che fino ad oggi non sono stati dati. Vorrei ricordare che in una regione dove ci sono due zone industriali, Trento e Bolzano, in una Regione dove lavorano 20 mila operai con le rispettive famiglie per attività che interessano l'industria e che sono collegate quindi al lavoro di questa massa di operai, la Regione non mi sembra abbia fatto molto. E' stato detto in questi giorni e particolarmente ieri che il Presidente Odorizzi ha avuto un colloquio per cercare di fronteggiare la grave situazione che si sta determinando presso lo stabilimento Lancia. Se i passi del Presidente porteranno a conclusioni positive, a conclusioni cioè per cui nessun operaio dovrà mancare del pane per i suoi figli, ho il dovere di ringraziare pubblicamente il Presidente Odorizzi. Ho il dovere di chiedergli nel contempo che egli segua possibilmente più da vicino questo settore dell'industria in Trento ed in Bolzano, non per le ragioni ormai superate e viete per cui queste zone industriali vengono considerate strumenti di nazionalismo, no, siamo in epoca di concezione veramente superiore! L'interessamento per questi impianti va fatto in funzione sociale, va fatto in funzione umana, va fatto perché ci sono famiglie che vivono solo del lavoro di quegli operai e tutti abbiamo il diritto di occuparci, sia che questi operai siano di lingua italiana o tedesca, sia che la zona industriale abbia luogo a Bolzano o a Trento. Se noi indicheremo come nostre mete, quelle nostre mete di cui sentivo stranamente parlare nella dichiarazione attribuita al cons. Brugger, strane mete che non sono indicate, e quindi non essendo state indicate mi permetto di segnalare come queste da me modestamente puntualizzate, se noi cercheremo di dare al nostro lavoro una meta economica, una meta sociale, una meta di progresso per tutte le popolazioni che qui convivono, allora, credetemi, amici, il solco che si è scavato, molto profondo, fra le due parti, gli attriti, le crisi, i sussulti, i febbroni, non li avremo più, come non avremo più le manovre di uomini politici, dei giornalisti di dentro e di fuori tendenti a seminare la

ottenere soprattutto il benessere dei cittadini, senza discriminazione se uno sia di lingua tedesca o di lingua italiana, ma solo in funzione del bisogno che ogni cittadino ha, in funzione delle necessità della sua famiglia, della capacità di lavoro che un capo famiglia esprime, avremo creato una Regione con una visione umana dei problemi attuali e futuri, ed avremo fatto un'opera di civiltà, che non si fa con l'odio e tanto meno con le violenze.

RAFFAELLI (P.S.I.): Vi voglio confessare che malgrado se ne stia parlando da due giorni in Consiglio e da oltre un mese sulla stampa, non mi sentirei di affermare che per me i termini della contesa, i termini della crisi, della crisetta, della mezza crisi siano esattamente noti e valutabili. Si è parlato, come elemento centrale, della mancata applicazione dell'art. 14 da una parte, della rivendicazione relativa ad una applicazione estensiva di questo articolo dall'altra, e non faccio nessuna fatica ad ammettere che una buona parte della ragione che giustifica questo stato di cose risieda proprio nella contesa relativa all'art. 14 e alle modificazioni che la sua applicazione dovrebbe apportare allo stato attuale delle cose nella Regione e rispettivamente nelle Provincie. Ritengo tuttavia che non ci si possa accontentare di questa spiegazione e mi pare che in un certo senso abbia detto o abbia voluto dire la stessa cosa il capogruppo della D.C. quando, se non ho capito male il senso delle sue parole, ha detto che se non ci fosse stato l'articolo 14 era presumibile che ci sarebbe stato un altro motivo, un altro pretesto per arrivare oggi o domani alla tensione fra i due gruppi di maggioranza. E' evidente che ciascuno si sforzi di interpretare questi avvenimenti da un punto di vista proprio, cerchi di trovare al di sotto di quelle che sono le ragioni che si dicono apertamente, che si mettono in evidenza, di trovare quella che è la sostanza, magari un po' diversa. E non da oggi il mio gruppo, il mio partito si è sforzato di analizzare la situazione dell'amministrazione regionale, la situazione dei rapporti fra i due gruppi di maggioranza; e la conclusione alla quale si può arrivare è questa: art. 14 a parte, il disagio in cui la équipe che guida la Regione si viene ogni tanto a trovare, consiste e trova la sua origine essenzialmente in due fatti, in due cose. In primo luogo direi che queste cose avvengono e possono avvenire in conseguenza di un costume creato e ormai consolidato da sei anni che porta i due gruppi alleati di maggioranza a stabilire in anticipo quale sia il lavoro che deve fare la Regione, quali siano i passi che si possono compiere, e quali siano i passi che si devono evitare, quali gli articoli dello Statuto che si devono applicare con una certa intensità, e quali saranno gli articoli dello Statuto dai quali ci si deve tenere piuttosto lontani in base ad una valutazione di convenienza o comune o reciproca dei due

gruppi stessi. Si ha troppo spesso la sensazione, stando al di fuori di questi due gruppi ed osservando la loro attività politica, che si arrivi ad un determinato atto legislativo o amministrativo solo dopo che, — fino ad un certo punto è naturale, oltre ad un certo punto non è più naturale e non è più lecito, — solo dopo che i due gruppi abbiano valutato e ponderato sulla base del *do ut des* o sulla base della reciproca convenienza e tolleranza e venga deciso dove sia possibile arrivare. Un esempio classico viene dato dal progetto di legge distribuito recentemente e riguardante le elezioni amministrative nelle due Provincie. Non mi soffermo sui particolari, basta un cenno alle disposizioni relative ai comuni del Trentino con una popolazione superiore ai dieci mila abitanti, fatte su misura per dare alla D.C. molto più di quanto abbondantemente ha già in quei comuni e potrebbe presumere di avere tranquillamente anche domani, e ciò in cambio del parziale accoglimento, da parte della D.C., della rivendicazione vecchia da anni della S.V.P. di escludere dall'elettorato passivo i cittadini che non abbiano determinati requisiti di residenza e di iscrizione alle liste elettorali dei comuni della provincia in cui si vota. Penso che questo sia un esempio tipico di un costume che ignora l'esistenza in Regione di altre forze sia pure meno cospicue, di altri orientamenti sia pure non maggioritari e della presenza in Consiglio di altri gruppi i quali pure dovrebbero partecipare, originariamente e non alla fine, a determinare la politica della Regione.

Il secondo fattore per il quale si arriva a questa situazione di crisi, di mezza crisi, mi sembra di poterlo ravvisare in quella che, pur negata recisamente e sdegnosamente, il cons. Dalvit ha definito "la pretesa servitù della D.C. nei confronti della S.V.P...". Non so se a caso o di proposito, mentre leggeva questa frase il dott. Dalvit ha dato un'occhiata da questa parte. Io sono anche disposto a raccoglierla come occhiata data di proposito, perché è vero che da parte nostra si è avanzato nei confronti della D.C. questo addebito, l'accusa, se non di essere al servizio, per lo meno di essere legata eccessivamente al partito di lingua tedesca. Non si vuol certo negare la liceità e il diritto di ricercare un'alleanza — cosa che tutti i partiti possono fare, hanno il diritto di fare e difatti fanno secondo le affinità di carattere ideologico-politico e programmatico —, ma quello che noi neghiamo è che questa alleanza abbia un carattere politico normale. E' anormale per questa ragione: perché non è una alleanza fatta sulla base di affinità programmatiche. Avete un bel dire, cari Signori, che siete tutti e due partiti ispirati ai principi cristiani e cattolici, di stretta osservanza cristiana cattolica, che la vostra ispirazione ideologica proviene dai principi della dottrina sociale cristiana o dal Vangelo! Queste sono belle parole e in parte sono anche vere, ma quando veniamo al concreto delle affinità politiche, delle af-

finità di programma, noi vediamo due cose ben distinte, vediamo una D.C. alla quale noi da questi banchi possiamo fare molte osservazioni, della quale possiamo fare apprezzamenti anche negativi, — li abbiamo fatti, non li ritiriamo, e continueremo a farli, — ma alla quale bisogna pure oggettivamente riconoscere un programma, alla quale bisogna riconoscere determinati atteggiamenti, qualche volta di velleità, molte volte di volontà di progresso sociale; abbiamo visto ieri, nella discussione sul progetto di legge dei patti agrari, che se è venuta una parola di comprensione per le istanze contenute in quel nostro progetto e per le istanze che sono non nostre ma delle categorie contadine, questa parola è venuta oltre che dai banchi di sinistra, dai banchi della D.C. sia pure con tutte le riserve che volete, sia pure con quella votazione che poi è stata diversa da quello che si poteva sperare. Ci sono nel Trentino, in misura maggiore che nelle altre Regioni, dei fermenti nella D.C. di carattere sociale; ci sono e non siamo noi certo a negarli perché sarebbe negare l'evidenza e ci si metterebbe nelle condizioni di non comprendere più come mai la D.C. sia un grande partito. Se non avesse quello che ha effettivamente non sarebbe il partito che è. Dall'altra parte abbiamo qualche cosa che non è un partito politico; e questo la D.C. lo ha capito, ma non lo vuole ammettere; non posso pensare che non l'abbia capito. L'altra parte non è un partito, non è un partito politico quale si intende in tutti i paesi civili di questo mondo. Non esiste partito politico nel senso più moderno della parola, in cui possono stare sullo stesso banco tranquillamente e votare nella stessa maniera e sottoscrivere le stesse deliberazioni il sindacalista e amico Schatz, ed il suo vicino di ieri che ci parla dei patti agrari come ci ha parlato, per dire e per fare riferimento a persone che conosciamo e che sono qui. Non è un partito politico quello che si fonda esclusivamente sulla affinità di carattere razziale ed etnico e trascura completamente le condizioni e le aspirazioni sociali dei suoi appartenenti! Ma che cosa volete che abbia in comune il servo agricolo del maso chiuso con il suo padrone?!

Se c'è un elemento di debolezza nel partito della D.C., che non solo da noi è stato rilevato, è proprio il suo interclassismo, il quale, però, si risolve qualche volta con il prevalere all'interno del partito di quella che è la corrente che spinge di più, la corrente di maggioranza, la corrente media, che sarà il medio ceto, che sarà qualche volta il proletariato; ma nel partito unico di lingua tedesca queste distinzioni non si sono mai fatte; scusatemi, forse sarà un difetto o una ignoranza mia, ma credo che il ricercare un programma sociale, un programma nel senso comune e tradizionale della parola, nel partito della S.V.P. sia come cercare le farfalle sotto l'Arco di Tito.

E se c'è non può essere che sulla carta perché le forze che costituiscono questo partito non possono convergere verso un determinato fine unico, se non è quello unico della difesa ad oltranza del carattere etnico, e qualche volta con punte nazionalistiche; ed allora lo incontro fra la D.C. e la S.V.P. non può avvenire su di un diagramma medio di rivendicazioni politiche, economiche e sociali, perché da una parte queste rivendicazioni vi possono essere, dall'altra parte a tutte queste rivendicazioni si è sordi e ciechi, avendo come unico ed esclusivo fine e scopo la lecita e lecitissima, finché si mantiene entro certi limiti, difesa del gruppo come tale, del gruppo etnico di lingua tedesca. Del resto abbiamo avuto degli esempi anche recenti in campo nazionale: abbiamo visto un partito piccolissimo dal punto di vista numerico e della consistenza, il partito liberale, mettere in crisi addirittura il Governo guidato e diretto dalla D.C. che è un partito gigante nei confronti del partito liberale stesso, proprio sul terreno delle rivendicazioni di carattere economico e sociale. E volete che non lo possa fare questo, di mettere in crisi la vostra collaborazione, il partito della S.V.P.? Lo può fare, anche perché i rapporti di forze sono diversi, e anche perché da una parte ci può essere un indirizzo di carattere politico e sociale che trova il muro della sordità e della insensibilità più assoluta nel suo dirimpettaio.

Ecco il senso da dare a quella che con una espressione forse forte, eccessivamente forte, è stata definita la servitù della D.C. nei confronti della S.V.P.: questo essersi messa un po' a sua discrezione; e noi pensiamo che non ne abbia l'assoluta necessità e che sul piano politico-sociale non ne abbia la convenienza. Evidentemente qui si potrebbe fare la domanda: allora, quali alternative proponete? Avete da proporci l'alternativa socialista? Sarebbe forse facile ironizzare in questo senso. Ci rendiamo conto dei rapporti di forza politica nella nostra Regione e non siamo proprio così fuori della realtà da non renderci conto che alternative di alcun genere si possono proporre, non siamo così fuori della realtà; ma vogliamo una volta di più sottolineare, lusingandoci di riuscire martellando e martellando, a far accettare anche alla D.C. per lo meno il dubbio, il dubbio di Cartesio — se mi permettete il richiamo — che è il principio della ricerca della nuova giusta strada, il dubbio semmai che non ci sia una strada diversa. Quale potrebbe essere? Qui veniamo al difetto fondamentale del funzionamento dell'istituto regionale che è quello cui accennavo prima, a quel costume, abitudine instaurata di distinguere fra Regione e Regione come costituita da un Consiglio in cui tutti parlano, in cui i giornali ascoltano e scrivono, in cui qualche volta ci può essere pubblico, e la pre-Regione o la sotto-Regione o la Regione dei corridoi in cui si combinano prima le cose che non si formano se non c'è il minimo

comune denominatore che metta d'accordo i due partiti. Ora se un'indicazione positiva noi riteniamo di poter dare prendendo lo spunto da questa crisi, che non è la prima e che, stando così le cose, non sarà probabilmente l'ultima, noi vogliamo dire questo in modo particolare alla D.C., perché in lei più che nella S.V.P. vediamo la possibilità di alcune realizzazioni di carattere sociale per le ragioni che ho detto, ed anche perché la D.C. è il partito di maggioranza; noi vogliamo suggerire lo studio e la considerazione di una impostazione diversa che faccia del Consiglio l'organo sovrano della Regione anche proprio nel senso di dare e di ricercare nel Consiglio prima che nei corridoi, più che nei corridoi, quelle combinazioni e quella maggioranza sui problemi concreti, che si possono trovare anche al di fuori della maggioranza preconstituita mediante un accordo fra i partiti. Non sono un tecnico, non sono un giurista, pertanto sarei presuntuoso se volessi dire un mio parere circa i limiti e circa l'estensione dell'art. 14; ma penso con certezza che non abbiano tutte le ragioni i Consiglieri di lingua tedesca, ma che non abbiano neanche tutte le ragioni — se le cose stanno come ci è stato detto — i Consiglieri che si mettono in una posizione di resistenza, o il gruppo che si mette in una posizione di assoluta resistenza, perché evidentemente se l'art. 14 c'è non è entrato per caso, di traverso o di nascosto, non ce l'ha messo qualcuno di notte all'insaputa, deve avere un significato, deve trovare una applicazione e hanno ragione coloro che ne chiedono la applicazione. Possono aver torto sulla misura. Ed allora voi continuate a discutere, fate le crisi, le trattative che non arrivano a buon porto, e se arrivassero a buon porto sarebbero trattative e conclusioni intervenute fra voi, tedeschi da una parte e D.C. dall'altra parte. E perché no il Consiglio? Perché quando la Giunta non ha accettato il progetto di legge dell'ex Assessore Dietl se ne è fatta una ragione per arrivare piano piano alla crisi e non si è visto che c'era anche la possibilità di far diventare quel progetto di legge di iniziativa consiliare, facendolo firmare, per es. da Graber o da Theiner, rappresentanti degli agricoltori, o da qualche altro Consigliere della S.V.P.? Può darsi che qui la discussione si svolgesse in maniera diversa da quella che si è svolta fra voi e della quale abbiamo avuto solo tarda eco.

Questo che vale per l'art. 14, vale e può valere per qualsiasi altra iniziativa. E' comprensibile la condizione di disagio in cui si trova la D.C. come partito quando ritiene di essere in un certo senso ricattata dall'altro gruppo, com'è avvenuto quella volta degli 8 punti — con la minaccia della non approvazione del bilancio —, mi pare che sia storia di ieri e ce la ricordiamo un po' tutti, e la parola "ricatto", non sono stato io il primo a usarla; questione del bilancio a parte, in cui la chiave è nelle mani del gruppo della provincia di Bolzano, ma per altre questioni si può ricorrere al Consiglio. E'

questo che non fate ed è questo soprattutto che volevamo far rilevare, perché è apparso con maggiore evidenza in questa circostanza.

Penso che sul caso Dietl e dell'art. 14 queste osservazioni e questo invito al partito di maggioranza sono le uniche cose che il mio gruppo ha da dire, e che, secondo noi, meritano di essere dette.

PRESIDENTE: Si riprende alle ore 14,30.
(ore 12).

Ore 14,50.

PRESIDENTE: La seduta è aperta. La parola al Cons. Molognoni.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Signor Presidente, signori Consiglieri, giustamente, questa mattina, uno degli oratori che mi hanno preceduto ebbe a dire che l'argomento del giorno è di tale portata, da invogliare, direi meglio da impegnare i singoli gruppi rappresentati in Consiglio ad esprimere un loro preciso parere sulla situazione attuale; anch'io quindi voglio prendere la parola su questo argomento, senza la pretesa di dire le grandi novità, ma per esprimere sinceramente quello che sento e penso in questo momento assai cruciale.

Essendo questa la tornata delle dichiarazioni ufficiali scritte, contrariamente a quanto suole avvenire in questo Consesso, inizierò anch'io, come altri ha fatto, da un esame di quello che considero il documento fondamentale, o quanto meno il primo che abbiamo avuto il bene di leggere e di sentire, vale a dire la dichiarazione della S.V.P. Ho letto più volte, con la dovuta attenzione, questa dichiarazione e dirò che ho intravisto in essa tre aspetti, che cercherò di riassumere in poche parole.

Un primo aspetto è quello concreto, oggettivo, circa la giustificazione delle dimissioni Dietl; il secondo aspetto consiste, invece, nella riconferma e ripresentazione ufficiale delle richieste della S.V.P. (gli otto punti!) fatta a suo tempo; il terzo aspetto, che traspare dall'insieme della dichiarazione, dalla prima all'ultima pagina, consiste in quel complesso di giudizi ed apprezzamenti di carattere generale e particolare espressi sui rapporti fra lo Stato italiano e la minoranza etnica in Alto Adige.

Non mi dilungherò ad esaminare partitamente i singoli aspetti, ma mi limiterò ad esprimere qualche impressione sui punti fondamentali del documento; perché sono convinto che, più che le impostazioni a largo respiro, a largo raggio, di carattere generale cioè, un esame in certo qual modo analitico possa forse servire a dare una risposta più soddisfacente, più chiarificatrice, in questo particolare momento. A me, e cercherò di dimostrare il perché, sembra anche oggi (dopo aver sen-

tito le varie voci) che si tenti di avanzare un pretesto, un falso scopo, creato "ad hoc.", sul quale si intendeva o quanto meno si è inteso tessere una tela più ambiziosa, di più vasta portata. Non vorrei si dicesse che sto facendo una critica senza averne gli argomenti di sostegno, o peggio ancora che sto facendo il processo alle intenzioni; dico: *mi sembra*, e sarò lieto se si riuscirà realmente a dimostrarmi il contrario. A me sembra che la motivazione delle dimissioni Dietl sia la conseguenza logica di un'impostazione diversa data inizialmente alle dimissioni stesse, più o meno confessata, più o meno confessabile. Non voglio giungere con questo ad estreme illazioni, non voglio tirare conclusioni, ma mi sembra facile in certo qual modo dimostrare che le dimissioni Dietl avevano un altro scopo, direi meglio, un ben identificato scopo: quello di richiamare l'attenzione di organi politici internazionali sulla situazione dell'Alto Adige, in un momento politico del tutto particolare. Naturalmente, dopo le dichiarazioni che sono seguite a Vienna e dopo i fatti politici che si sono verificati a Vienna (dichiarazioni che oggi si vogliono contestare; conosco la diatriba intercorsa fra "L'Adige.", di ieri ed il "Dolomiten.", di oggi, diatriba che comunque non muta la sostanza delle cose e lascia impregiudicata la situazione di partenza), dopo quelle dichiarazioni e quei fatti, evidentemente si è trovato necessario e logico riportare il problema entro i suoi confini naturali e fare di esso un atto di aperta e precisa protesta, e attraverso il rientro del problema entro i confini regionali, cogliere l'occasione per fare il cosiddetto punto della situazione "a modo vostro...". Leggendo attentamente il documento della S.V.P., fin dalle primissime righe ho notato una cosa che non può essere sfuggita ad alcuno; lo voglio dire con estrema pacatezza, ma ad un tempo con estrema sincerità; ho notato un'impostazione che considero nettamente negativa agli effetti di quella maggiore comprensione tra i gruppi etnici, che è la base concreta e morale della convivenza dei gruppi etnici stessi in questa provincia. Vorrei ricordare infatti agli estensori di quel documento che non è assolutamente possibile e concepibile chiedere il rispetto dei propri diritti se non si riconoscono contemporaneamente e si rispettano i diritti altrui; che non si può assolutamente chiedere la tutela delle proprie esigenze e delle proprie aspirazioni, senza saper inserire queste aspirazioni nel piano più vasto della vita nazionale, non circoscrivendole a interessi di parte, sia dal punto di vista territoriale, sia dal punto di vista razziale. Noi non possiamo in una parola condividere l'idea espressa dalla S.V.P., che il gruppo di lingua tedesca sia un "corpo estraneo.", nello Stato nazionale italiano, gruppo che possa addirittura governarsi "con propri mezzi sovrani...". So che a queste parole si è cercato e si cerca in questi giorni di dare una diversa interpretazione; si può anche arrampicarsi sugli specchi, si può

tentare l'una o l'altra interpretazione, quella meno estensiva o quella più estensiva, quella meno forte o quella più forte, ma, Signori, qualsiasi interpretazione vogliate dare a queste parole, resta sempre una dichiarazione iniziale assolutamente negativa agli effetti della tanto auspicata comprensione reciproca. E' un negativo punto di partenza per l'accoglimento di richieste, di desiderata od altro.

E vorrei aggiungere che, se pensiamo che la dichiarazione stessa conclude chiaramente con una indiretta accusa di nazionalismo esasperato nei confronti della popolazione di lingua italiana e dello Stato italiano stesso, mi sento evidentemente costretto, in diritto e in dovere, di osservare che è proprio del nazionalismo il concepire dei gruppi estranei l'uno all'altro, dei corpi che non riconoscono la possibilità di convivenza se non dietro profonde divisioni, profonde fratture, che dividono, separano nettamente gli stessi conviventi. Per quanto concerne il punto o l'oggetto della contesa, l'origine della presa di posizione, francamente poco o nulla potrei dire, come poco o nulla hanno potuto dire gli altri oratori che mi hanno preceduto. Noi ignoriamo completamente, totalmente, il disegno di legge in parola presentato alla Giunta e non so se discusso o non voluto discutere dalla Giunta stessa. La Giunta non ha sentito né il bisogno né il dovere di portarlo in Consiglio; la Giunta ha deciso nel segreto i propri lavori. Confesso a questo punto che sentirei di mancare ad un mio preciso dovere, se non rilevassi che il sistema — parlo di sistema, non di condizione occasionale — il sistema cioè invalso nel governo regionale da sette anni a questa parte (dal momento della creazione degli istituti autonomistici), quel sistema tendente ad attuare, a insabbiare, a mascherare le situazioni di contrasto che possono sorgere su problemi particolari e generali, attraverso una serie di formule che si ispirano più alla "diplomazia segreta.", che non alla "democrazia diretta.", ignorando nel modo più assoluto, sempre e in qualsiasi circostanza l'esistenza di un Consiglio Regionale vivo, operante, attivo, evidentemente deve portare e porta (come ha portato in questo momento) al maturarsi di situazioni che con l'accentuarsi e l'accumularsi dei problemi, sfociano poi nell'attuale condizione di crisi. Non posso quindi non rilevare e non ripetere ancora una volta ai responsabili di questa politica, al partito di maggioranza che detiene le leve di comando, che, indubbiamente, se al presentarsi di ogni problema il Consiglio fosse sistematicamente, come dovrebbe essere, chiamato ad esaminare i problemi stessi, ad approfondirli e discuterli, estendendo così l'intervento e richiamando l'attenzione di tutti gli strati interessati a questi problemi, si eviterebbe indubbiamente l'accavallarsi e l'accumularsi di malintesi e questi conseguenti stati di tensione. Potremmo dire a questo punto che ci auguriamo (non so se sia una speranza più o meno valida

o più o meno vana!) che il partito di maggioranza, sulla base di questa ulteriore esperienza, che vorrei definire triste esperienza, abbandoni questo sistema e restituisca veramente al Consiglio Regionale tutte le sue responsabilità. Penso che se questo avverrà, i frutti di quella "democrazia diretta", cui accenna il consigliere Dalvit nella sua relazione, noi li vedremo presto, e penso ancora che la pubblica opinione non sarà più posta di fronte a queste scadenze che assumono i toni e i caratteri di una drammaticità che indiscutibilmente non fa bene a nessuno, dico a nessuno. Solo allora, penso, non dovremo sentire più quella accusa che in questi giorni purtroppo abbiamo sentito circolare in vasti strati della pubblica opinione e negli ambienti più disparati; quella accusa che in fondo fa male a coloro i quali hanno creduto negli strumenti autonomistici e credono ancora in essi; l'accusa cioè di fallimento della politica autonomistica regionale.

Però, detto questo, che ho sentito il bisogno di dire con molta chiarezza, sento anche il dovere di rilevare come sia strano (mi rivolgo ancora in questo momento ai colleghi ed amici della S.V.P.) che sapendo della mancata pubblicità del progetto legge di cui si parla oggi, sapendo dell'assoluta mancanza di conoscenza da parte nostra e volendo che esso progetto sia veramente la chiave, l'origine del sorgere di questa crisi, la S.V.P. non abbia ritenuto opportuno, se non doveroso, illustrarlo quantomeno in questo momento, nella propria relazione o al di fuori di essa, accompagnandolo alla relazione stessa. Proprio questo fatto, amici della S.V.P., mi convince e direi quasi dimostra chiaramente che, più che l'origine, il progetto di legge in parola era da considerarsi allora ed è da considerarsi ancora oggi uno spunto, un incidente per impostare problemi di ben più vasta portata.

Solo oggi, in questo preciso momento, rientrando nei termini territoriali regionali, esso ne diventa il centro, il perno della crisi. Leggendo la relazione ho ancora cercato di farmi un'idea, non tanto dal punto di vista giuridico (che non è nelle mie facultà) ma piuttosto da uomo della strada, circa l'esame che voi fate nella relazione stessa delle ripercussioni che le dimissioni di un Assessore dovrebbero necessariamente produrre. Non vi nascondo che sono rimasto sorpreso e perplesso; mi è sembrata un'interpretazione disinvolta nel vero senso della parola e forse non rispondente ad un principio giuridico veramente sostenibile, o quanto meno discutibilissimo. La S.V.P. sembra quasi porre nella sua relazione (non vorrei usare una parola forte, non è mia intenzione in questo momento offendere alcuno; non fraintendetemi, ma non trovando un vocabolo di sostituzione, vogliate scusare la mia povertà di fantasia!), sembra porre un ricatto: o accettare questa impostazione proposta o giungere conseguentemente allo scioglimento del Consiglio

Regionale! Non esito a dire che se questo sistema, se queste considerazioni dovessero essere giuridicamente valide, dovremmo vederne di belle in avvenire. A me sembra che la macchina così congegnata manchi della necessaria molla per farla scattare, proprio della molla di ordine giuridico. Per me la situazione è questa: il legislatore pone, sancisce il principio che il gruppo etnico di lingua tedesca ha il diritto di essere rappresentato in Giunta e credo che su questo nessuno abbia nulla da obiettare, nulla da rilevare, che il concetto sia considerato valido da chiunque. Però, sempre da uomo della strada, non da giurista, a lume di naso ed a buon senso, vorrei dire che trattandosi di un diritto, c'è la libertà più assoluta di esercitarlo o meno. Del resto questa libertà è dimostrata dallo stesso fatto che in questo momento il vostro Assessore dà le dimissioni e rifiuta ostinatamente di riprendere il proprio posto.

Si può giungere allo scioglimento del Consiglio Regionale se la S.V.P. non intende esercitare un proprio diritto, se rifiuta di esercitare un proprio diritto? A rigore di logica, e sempre a lume di naso, rispondo senz'altro: "NO,!" Non vorrei fare delle analogie o delle ipotesi assurde ma ragionando nel modo come ragionate voi, seguendo il filo del vostro ragionamento, si potrebbe giungere veramente a delle ipotesi che sarebbero quanto mai peregrine; per esempio a questa: a dire che se l'elettorato di lingua tedesca non esercita domani per una una ragione qualsiasi, giustificata o non, il diritto di voto, si dovrebbe giungere al decadimento di quegli organi legislativi ed amministrativi che sono istituiti e voluti dalle leggi. Vi direi subito che questo non può avvenire. E' principio inconfondibile e credo indiscutibile — credo, dico, sempre perché non mi perito di voler dire dei giudizi definitivi — che la rinuncia ad un diritto da parte di un singolo o di un gruppo non possa portare automaticamente gli altri singoli o gruppi alla perdita di quei benefici che sono conseguenti all'esercizio del diritto stesso. E' una impostazione che ci sorprende e ci ha sorpreso, sapendo che voi, colleghi della S.V.P., disponete di illustri uomini di legge nelle vostre file. Per me basterebbero queste due impostazioni, la prima che, ripeto, considera il vostro gruppo linguistico come un "corpo estraneo", che si governa attraverso i "mezzi sovrani",, suoi propri; e questa seconda interpretazione di carattere giuridico, relativa all'eventuale scioglimento del Consiglio, per destituire di una buona parte di fondamento, il documento da voi presentato.

Perché il contenuto di queste due affermazioni è sintomatico, secondo me, per giudicare la posizione che la S.V.P. assume nei confronti dello Stato italiano anzitutto e per sabilire poi la inefficienza della vera e propria interpretazione giuridica che ponete alla base della vostra dichiarazione stessa.

Ma c'è un'altra cosa che sorprende nella vostra dichiarazione, ed è questa: la giustificazione che voi date delle ragioni per le quali nel 1948 fu, da voi, dai vostri rappresentanti ufficiali, accettato lo Statuto "in toto,, lo Statuto cioè nella sua entità regionale, entità che oggi sembra, quanto meno, non sia più di vostro gradimento!

Per me è strano e non riesco a rendermi conto di che cosa la S.V.P. ritenesse allora, nel 1948, di trovare nello Statuto regionale, che oggi non trova e sembra cercare affannosamente ed inutilmente. Anche questo fatto ha ingenerato in me un'impressione che come tutte le impressioni può essere sbagliata, sì, però me lo dovette dimostrare seriamente, prima che io la possa accantonare. La mia impressione, dicevo, è che sia cambiata da parte della S.V.P. la sua posizione nei confronti dell'autonomia stessa. Vorrei dire che, in un certo senso, da un punto di vista squisitamente umano, è anche comprensibile e forse logico al tempo stesso: ottenuto dieci si chiede cento, ottenuto cento si chiede mille; è un po' quella famosa politica che va sotto il nome di politica del "carciofo,,; quel carciofo che, come sapete, si degusta foglia a foglia, e una foglia tira l'altra. Qualche altro ha espresso questo stesso pensiero, dicendo, se non erro, che l'appetito vien mangiando. Questa, dicevo, è la nostra impressione.

Per quanto riguarda poi l'art. 14, non spetta certo a me dare una interpretazione definitiva dal punto di vista giuridico, dal momento che, mi sembra, tutti, più o meno, navighiamo nel "mare magnum,, delle perplessità, delle interpretazioni più varie.

Il dubbio mio, più che di natura giuridica, di natura squisitamente pratica, realistica, sta in questo: la S.V.P. punta nell'applicazione pratica, amministrativa contemplata dall'art. 14, ad una interpretazione quanto meno di parte, ad un'interpretazione che non riconosce freni, controlli o remore di sorta. Vorrei porre una domanda a questo punto, perché se questa è la mia impressione, viene legittima la domanda a questo proposito: la S.V.P. che per sua definizione si considera il rappresentante di un "corpo estraneo,, allo Stato italiano, può dare quelle garanzie di equità, di giustizia, di misura, in una amministrazione che non investe solo la popolazione di lingua tedesca ma che investe anche la popolazione di lingua italiana, che numericamente rappresenta la metà esatta della vostra stessa popolazione? Questa minoranza italiana di lingua italiana, a chi si appellerebbe in campo nazionale ed internazionale nel malaugurato caso che queste garanzie non fossero date, oppure essendo date non venissero mantenute? Il problema realistico, senza nessuna crudeltà polemica, senza apriorismi nazionalistici o altro, è qui, sta in tutto questo! Perché, detto questo, vorrei subito aggiungere che per parte mia (questa è una dichiarazione personale che non investe la

responsabilità di altri!) avute queste garanzie di equità, di serenità, di lealtà e di giustizia distributiva, sarei perfettamente d'accordo che l'art. 14, come del resto tutti gli altri articoli dello Statuto, trovi la sua legittima, onesta applicazione e potrei aggiungere che sarei pronto dal canto mio ad esaminare le molte possibilità di soluzione pacifica del problema e di qualsiasi eventuale progetto di legge che in materia venisse presentato; naturalmente, riservandomi uno spassionato esame, ed equilibrato giudizio, caso per caso.

E' già stato fatto da qualche oratore che mi ha preceduto l'esame sommario degli "otto punti,, rivendicati nella relazione; non ho nessuna intenzione di addentrarmi nell'esame degli stessi, anzitutto perché la cosa ci porterebbe molto lontano, poi perché non ritengo sia il momento opportuno per farlo. Vorrei aggiungere qualche parola ancora a carattere conciliativo, se così è possibile definirla; vorrei dire che l'autonomia ha sette anni di vita e che tutti noi sappiamo, per avere vissuto il travaglio della sua creazione ed il travaglio che ne è seguito in queste due prime legislature, come per la sua attuazione è stata necessaria la creazione di istituti, di organi e strumenti e come tutto ciò implicasse una fatica non esigua, una fatica che potrei definire improba; cose dunque di non facile realizzazione se si pensa alle infinite difficoltà sorte lungo il cammino, qualcuna dovuta espressamente alle impostazioni, molte volte controproducenti, fatte proprio dalla S.V.P. E' evidente che in questo campo è necessario un certo gradualismo, una certa misura, che debbono trovare il loro fondamento nella più schietta reciproca fiducia. Secondo noi non sarebbero assolutamente ragionevoli le concessioni più ampie, più larghe, più estese, se non c'è garanzia di sentito, di profondo lealismo verso quello che noi abbiamo sempre considerato e ancora oggi consideriamo il concetto base, non discutibile: *quello cioè del riconoscimento dell'unità dello Stato nazionale*. E diciamolo pure: per il gruppo etnico di lingua tedesca, questi sette anni non sono passati invano! Un preciso elenco delle concessioni fatte nello spirito dello Statuto ed extra Statuto, darebbe la misura esatta del come le vostre costanti rivendicazioni siano frutto di una valutazione unilaterale, di infondate pretese e di uno spirito tutt'altro che conciliativo e sereno.

Vorrei quindi concludere dicendo che, a nostro avviso, nessuno minaccia la minoranza etnica in Alto Adige, nessuno mette in pericolo la *terra natia*, come voi amate chiamarla; naturalmente tutto questo nella misura in cui la minoranza etnica sentirà profondamente di far parte di un popolo, di un paese, di un raggruppamento nazionale; nella misura in cui questa *terra natia* venga considerata inserita nel più vasto territorio nazionale, regolato da leggi, da diritti generali, abdicando ai quali, in sostanza, si abdica all'essenza stessa

dello Stato. Ed anche sotto questo profilo la vostra relazione ci dà una interpretazione per lo meno sorprendente. Infatti, penso che, se non in mala fede, nessuno possa riuscire ad interpretare i patti Degasperi-Gruber e lo Statuto di autonomia, *quali strumenti di difesa di una zona territoriale!* Per noi il territorio non è stato, non è oggi e non sarà neppure domani, posto in contestazione! Il problema della cosiddetta immigrazione interna, sul quale amate dilungarvi, problema che io rifiuto indicare con questa vostra definizione e preferisco denominare "libera circolazione di liberi cittadini in libero Stato,,", richiede anch'esso una parola. Anzitutto ci sono dei dati statistici precisi, che dimostrano come la cosiddetta „immigrazione,, — come la chiamate voi, "libera circolazione,,", come la definisco io — in provincia di Bolzano è di gran lunga inferiore proporzionalmente a quella che si verifica nelle principali città della penisola, da Torino a Milano, a Genova; anzitutto questo! Ma in secondo luogo è escluso nel modo più assoluto, è unanimemente impossibile che lo Stato italiano vi dia garanzie in questo senso; perché se vi fossero date, verrebbero a compromettere la stessa integrità dello Stato, a porre cioè delle frontiere all'interno dello Stato stesso; e soprattutto verrebbero a cristallizzare lo sviluppo economico, a creare dei compartimenti stagni, essenziali alla vita nazionale e concepibili soltanto come il prodotto di una economia curtense, che ormai più nessuno riconosce, più nessuno concepisce. Penso che la S.V.P. dovrebbe realmente fidarsi dei giudizi espressi da osservatori neutrali, da attenti osservatori neutrali, i quali hanno ripetutamente dichiarato che la minoranza etnica di lingua tedesca in Italia è la minoranza etnica meglio trattata di tutta Europa. Penso che ogni riferimento concreto e solido in appoggio alle gremiadi, alle lamentazioni della S.V.P., riesca non solo difficile, ma addirittura impossibile! C'è un fatto che mi dice come quanto sto dicendo sia vero, fatto significativo per chi vive in questo ambiente, per chi conosce questo ambiente, per chi gira in questa nostra provincia; voglio riferirmi alla serena, tranquilla operosità della popolazione di lingua tedesca che, semmai, aspetta da voi e da noi tutti, *innovazioni e miglioramenti nel campo squisitamente sociale*, dove, in verità, molto c'è ancora da fare in suo favore.

C'è ancora quella che definirei l'"amenità conclusiva,, della vostra relazione, che non voglio e non posso sottacere; si afferma che il popolo sudtirolese se fosse naturalmente immune, isolato dalle contaminazioni provenienti dal sud potrebbe e può dare garanzie di valida barriera, di difesa del territorio provinciale e conseguentemente del territorio nazionale, costituendo quasi una "regione cuscinetto,,. Vi dico con estrema sincerità che personalmente non sono preoccupato; sarà che sono ottimista per natura ed il mio ottimismo potrà magari giocarmi dei brutti scherzi, ma non sono preoccupato

al momento attuale di quello che possa avvenire domani e non condivido le vostre previsioni catastrofiche; anzi, in campo internazionale sono propenso a vedere una certa schiarita all'orizzonte e mi auguro che essa sia reale e sostanziale!

Comunque, quello che vorrei dirvi — e se anche ve lo dico scherzosamente, non offendetevi — è che questa vostra dichiarazione finale non è tale da impressionare gli stati maggiori e neppure tale da far rivedere i piani strategici e tattici ai detentori della bomba atomica, delle armi termonucleari, degli aerei a reazione e delle divisioni supercorazzate. Questo purtroppo non avverrà, malgrado la vostra superba dichiarazione!

Concludo, Signori, augurandovi due cose: che il partito di maggioranza, la D.C., effettivamente instauri una nuova vita nel parlamento regionale, uscendo da quella che ho definito la politica della "diplomazia segreta,,", ed instaurando la autonomia, la vera politica della "democrazia diretta,,; e finalmente mi auguro che la S.V.P. riesca veramente a disfarsi una buona volta di tutta quella sua impalcatura nazionalistica ed irredentistica, che troppo spesso ama vedere in noi, e che in noi sinceramente ed onestamente non esiste!

NARDIN (P.C.I.): In questo dibattito si sono sentiti i pareri di tutti i gruppi, ma c'è stato un po' il grande assente, permetta, il signor Presidente della Giunta, il quale è stato occupato in altre cose in questi giorni, fuori di questo Consiglio, ma è stato chiamato in causa più volte da parte del gruppo della S.V.P. per iscritto e a voce, ed è giusto che, quale Presidente della Giunta regionale, dica qualche cosa in merito alle questioni poste in questo lungo e acceso dibattito, tanto più che la questione si complica perché da parte della S.V.P. è stato affermato che in questo secondo punto all'Ordine del giorno: "Eventuale elezione di un Assessore regionale effettivo del gruppo linguistico tedesco,,", la S.V.P. non intende proporre alcun candidato. Che cosa ne pensano il signor Presidente e la Giunta di questo fatto, se veramente viene mantenuta questa posizione? Le conseguenze come vengono giudicate anche da parte del signor Presidente della Giunta? Credo che arrivare a concludere un dibattito di grande importanza senza vedere partecipare allo stesso il Presidente della Giunta a nome della Giunta stessa, sia una cosa che mette a disagio parte, almeno, di questo Consesso. Del resto non credo sia giusto concludere il dibattito; il Presidente della Giunta lo concluda formalmente attraverso un suo intervento; inoltre non mi pare giusto che per questioni di regolamento — di cui è gelosissimo tutore il Presidente Magnago — non sia dato modo ai vari gruppi di poter nuovamente intervenire in base alle valutazioni espresse dal Presidente della Giunta stessa. Quindi se era opportuno ad un certo momento sospendere la seduta per attendere una traduzione, direi che se il Presidente del-

la Giunta non si sente per vari motivi di prendere ora la parola, piuttosto che chiudere il dibattito, sia meglio sospendere la seduta o riprendere con altri punti, consentire al Presidente di parlare quando lo ritenga opportuno e possibile e permettere, dopo il suo intervento, ai rappresentanti di altri gruppi di intervenire, perché probabilmente egli dirà cose nuove, dirà forse una parola che lascia intravedere una via d'uscita, in una situazione che, così restando, rimane bloccata malgrado la buona volontà di qualche gruppo di minoranza per tentare di sbloccarla. Quindi, per ragioni di opportunità, credo necessario l'intervento del Presidente Odorizzi.

PRESIDENTE: Finora hanno parlato una volta Mitolo, Dietl, Bruschetti, Scotoni, Menapace, Pupp, Caminiti, Raffaelli, Molignoni, Brugger; ricordo che nel dibattito ognuno può intervenire due volte. Adesso parla il Presidente della Giunta.

ODORIZZI (Presidente della Giunta Regionale - D.C.): Nel nostro ordinamento gli Assessori traggono il loro mandato da un atto di elezione del Consiglio, quindi delle dimissioni di un Assessore e della sua sostituzione deve occuparsi il Consiglio, quindi in Giunta noi abbiamo preso atto della decisione dell'Assessore Dietl di rassegnare le dimissioni, ma non ne abbiamo parlato, né abbiamo elaborato dichiarazioni da rendere al Consiglio stesso, e conseguentemente quello che dirò rispecchia soltanto il mio pensiero personale. La prima dichiarazione o il primo intervento che ha avviato questo dibattito è stato l'intervento del cons. Brugger a nome della S.V.P., e quell'intervento ha aperto un dialogo fra i partiti e perciò si è pensato che il dibattito si svolga fra i partiti. Il pensiero nostro, di gruppo, è stato espresso da colui il quale ha l'incarico di rappresentare, come capo del gruppo, il partito al quale mi onoro di appartenere. Alle dichiarazioni di Dalvit non ho nulla da aggiungere, posso solo confermare che mi sembrano estremamente chiare e precise e serene, le faccio mie; e nei temi delle controversie, di natura politica regionale, nazionale ed internazionale non credo di dover, dopo di questo, intervenire. Parlo perché sono stato chiamato in causa, non avevo neanche l'intenzione altrimenti di prendere la parola; sono stato chiamato in causa un po' dagli interventi degli altri oratori, ma soprattutto stamane dalla seconda dichiarazione o dal secondo intervento del cons. Brugger. E qui di permetta, Brugger, di dirle subito anzitutto nettamente il mio dispiacere per il tono irritato e sgarbato del suo intervento. Vorrei pregare che sempre nelle nostre relazioni domini quella nota di buona educazione e di cortesia che abbiamo sempre usato con tutti. In quell'intervento si afferma che l'ostinata resistenza del Presidente della Giunta Regionale ad accettare il progetto di legge dell'Assessore Dietl ha motivi giu-

ridici che non sono condivisi e tale resistenza si traduce in un atto di insincerità. Questa affermazione debbo restituirla. Il disegno di legge dell'Assessore Dietl rappresentava un suo modo di organizzare i servizi tecnici dell'agricoltura e di applicare l'art. 14, ed in Giunta lo abbiamo esaminato e, almeno per quanto riguarda unanimemente i rappresentanti del gruppo etnico italiano, quel disegno di legge non fu ritenuto accettabile. Non sembri un paradosso: non fu ritenuto accettabile proprio perché non applica l'art. 14. E non avrei parlato di questo disegno di legge (perché non è nostro; non accettato dalla Giunta avrebbe potuto essere portato in Consiglio solo ad iniziativa del Consigliere proponente) non avrei parlato di questo disegno di legge se, tirato per i capelli da questa accusa di insincerità, non sentissi il bisogno di dire perché a mio modo di vedere quel disegno di legge non applica l'art. 14. E guardate che in tema di interpretazione di leggi siamo abituati tutti, coloro che siedono in questo Consesso, in questa legislatura, e quelli che siedevano nella legislatura precedente, noi soprattutto uomini che proveniamo dalla professione legale, ad accettare come reale che nell'interpretazione di una norma di legge si vada un po' come in una scala cromatica, da una minima di base fino al massimo vertice, salendo su su per mezzi toni e sfumature, e sappiamo che ciò è proprio insito nella natura dell'attività esegetica, ed è sempre stato così in tutti i tempi ed in tutte le legislazioni. Bisogna quindi accettare veramente e lealmente la possibilità di dialogare, la possibilità di errori, propri ed altrui, ma anche di propri. Ora, ripeto, pur essendo vero che l'interpretazione di una legge ha sempre avuto ed avrà sempre questa latitudine di possibilità, pur essendo vero comunque che con il tempo, attraverso un travaglio di studi e di applicazioni, soprattutto di applicazioni, si può arrivare ad accertare il contenuto oggettivo di una norma, pur essendo vero questo, ed ammettendo che questo sia vero anche per l'art. 14, mi pare in ogni caso chiaro che il modo con cui questo articolo avrebbe trovato impostazione nella legge Dietl era sicuramente al di fuori di qualunque possibile latitudine di interpretazione. Perché, guardate, la legge presentata dall'Assessore Dietl si articola in 6 norme, di esse possono essere considerate fondamentali tre norme, gli articoli 1, 3 e 6. Inseriamo ora nel dibattito un sintetico esame di questo disegno di legge, e così diamo anche soddisfazione alla curiosità, sotto certi punti di vista spiegabile e legittima, dei signori membri del Consiglio. L'art. 1 dice: "Le funzioni amministrative nelle materie di cui agli artt. 4 n. 9 e 11, 5 n. 7 e 8 dello Statuto speciale, nonché quelli di cui all'art. 10 n. 4 limitatamente all'agricoltura, sono delegate alle due Province di Trento e di Bolzano, ciascuna nell'ambito del proprio territorio... Questo non è art. 14, perché è certo che nell'art. 14, è dato agli organi regionali, Consiglio e Giunta, di volta

in volta, di fronte all'opportunità di disciplinare un determinato intervento, una determinata operazione o una determinata materia, di fare una scelta discrezionale fra la delega alle provincie, ai comuni, altri enti o il servirsi dei loro uffici. Ove noi, con una legge, così generale, che ha a valere per il futuro, comprensiva di tutto, dicessimo che tutta la attività amministrativa in materia di agricoltura è passata alle provincie, avremmo tolto la possibilità di fare, di volta in volta, quando emaniamo una nuova legge o prendiamo i nostri provvedimenti, la scelta più opportuna del mezzo amministrativo, scelta che può essere la delega alle provincie, ai comuni o ad altri enti, può essere l'attività esercitata attraverso gli uffici di questi enti. Quindi qui non siamo nell'art. 14. Accettando questa norma Dietl, si sarebbe privato il Consiglio (per coloro che intendono che la delega sia attuata con legge), o la Giunta (per coloro che pensassero che la delega possa esprimersi attraverso un atto amministrativo) di quella possibilità di scelta, chiara e al di fuori di ogni perplessità di interpretazioni, che l'art. 14 ha voluto dare. Quella possibilità di scelta ci dice un'altra cosa. Ci dice che l'art. 14, nella sua applicazione, va esaminato ed applicato di volta in volta, quando si prevede un certo complesso di attività, di interventi amministrativi. Non può essere liquidato con una disposizione generale che non distingue nulla e che non fa riserva e distinzione e trasferisce totalmente e per sempre soltanto alle provincie le competenze amministrative.

Il secondo comma di quell'articolo 1 legge Dietl recita: "La Giunta regionale continuerà a esercitare nelle materie suddette le potestà regolamentari...". Strana questa disposizione, strana perché, come sapete, non era necessaria. C'è l'art. 38 dello Statuto che stabilisce che alla Giunta spetta la deliberazione dei regolamenti per la esecuzione delle leggi approvate dal Consiglio Regionale. Ma pure è stata inserita lì, sapete perché? Ad accentuare quel concetto esclusivistico il cui contenuto è dato al primo comma; si è voluto dire: tutta l'attività amministrativa alla Provincia, la Giunta regionale faccia solo i regolamenti. Ora, con ciò non solo non si applicava l'art. 14 ma si violava lo Statuto, il quale all'art. 38 non dà alla Giunta regionale soltanto la deliberazione dei regolamenti per la esecuzione delle leggi, dà al punto 2 l'attività amministrativa per gli affari di interesse regionale. E non si dica che questa attività sia limitata esclusivamente alla amministrazione del patrimonio e non alle altre attività, perché per l'amministrazione del patrimonio lo stesso articolo al punto 3 ha previsto una esplicita statuizione a parte. Con questo secondo comma dell'art. 1 legge Dietl si sarebbe innovato semplicemente, secondo me, sulle disposizioni dello Statuto, che è una legge costituzionale.

Con l'art. 3 legge Dietl si dice: "Passano alle dipen-

denze delle rispettive provincie e diventano uffici, istituti e comitati provinciali, giù giù, ispettorati provinciali dell'agricoltura, ispettorati ripartimentali forestali, le stazioni sperimentali ecc. ecc., tutti organi che le norme di attuazione hanno affidato alla Regione. Ora, nell'art. 14 non c'è nessun riferimento alla possibilità o alla necessità o al dovere che la Regione trasferisca i propri uffici alle Provincie. D'altronde a questo proposito c'è un quesito fondamentale da porsi: le norme di attuazione sono una legge dello Stato, come legge dello Stato nelle materie di competenza regionale dovrebbero poter essere modificabili da una legge regionale. Io ne ho però un largo dubbio, perché, se è certo che nelle materie di competenza regionale la legge regionale può modificare la legge dello Stato, è dubitabile che possa modificare le norme di attuazione dello Statuto, che sono una legge speciale intesa a dare attuazione allo Statuto, e come tale noi non la possiamo modificare, ed è al di sopra di noi.

All'art. 6 il progetto di legge Dietl cadeva evidentemente in un errore sul quale saremo tutti d'accordo. L'errore era dato da questa norma: "Il personale direttamente assunto dalla Regione in servizio presso gli uffici, — gli uffici dell'art. 3, istituiti ecc. — "passa nei ruoli delle Provincie conservando ad personam un trattamento giuridico ed economico non inferiore a quello già in atto...". Saremo d'accordo tutti che noi, come Regione, non abbiamo il potere di legiferare in tema di ruoli organici delle Provincie: solo una legge provinciale può disciplinare questa materia, una legge regionale non può farlo.

Inoltre nell'art. 6 si stabiliva sull'assegno personale ecc. — questo non ha importanza —, si stabiliva che "chi non intende accettare il passaggio doveva farne dichiarazione, ecc. ecc.", e che "il personale comandato dello Stato in servizio presso gli uffici poteva venir assunto in funzione di comando presso le provincie stesse...". Ora, a parte il fatto che abbiamo più volte dovuto esaminare questo tema della possibilità di subcomandare del personale comandato e che esaminando questo tema la risposta che ci è pervenuta è sempre stata negativa, a parte questo, quel "può", avrebbe dovuto in ogni caso essere sostituito.

Ora, in questa situazione non è insincerità l'aver detto che questa legge non può passare. Guardate, le profezie sono sempre difficili, ma io ve ne faccio una facilissima: questa legge sarebbe forse passata nel Consiglio Regionale, ma non a Roma, perché, così com'è, voi stessi mi darete atto, non poteva andare, doveva essere comunque modificata e si doveva adottare una diversa formulazione. Date quindi atto che questo dissenso ha una sua obiettiva ragione di essere, anche quando non si voglia andare a fare altri pensieri, che voglio evitare, perché non servono a niente altro che ad inasprire gli

animi e a dividere invece che a unire. E guardate che qui, se vi devo proprio confessare il mio stato d'animo, a proposito di questo articolo 14, ho sempre un momento di esitazione e dubbio e di rammarico quando mi si dice: "Però nella imminenza dell'emanazione dello Statuto fu chiarito che quell'art. 14 avrebbe dovuto servire esplicitamente ad affermare l'autonomia provinciale., e si fa riferimento alle dichiarazioni rese immediatamente dopo l'approvazione dello Statuto, o dopo l'accordo sull'approvazione dello Statuto e la firma di accettazione che è stata posta dai rappresentanti vostri a questo Statuto, si fa riferimento — dicevo — alle dichiarazioni rese dall'ex consigliere regionale Erich Amonn. Siccome ho di questa persona la massima stima, ho sempre pensato che quello che essa afferma è verità. Ma voi vedete prima di tutto che lo stesso Amonn, in quella dichiarazione che avete avuto l'opportunità di riportare nel primo vostro intervento, vi dice che l'attuazione di quella norma sarebbe avvenuta per lo meno con la delega alle Provincie o ai comuni, (è testuale nella sua dichiarazione), e quindi voi capite che anche volendo dare tutto il peso che merita a una dichiarazione di questo genere, la conclusione che si debba delegare *esclusivamente* alle Provincie non può arrivare, non può assolutamente arrivare.

E' una interpretazione difficile sotto altri aspetti questa dell'art. 14, non per questi temi che ho illustrato ora, che mi sembrano evidentissimi per qualunque interprete. E' difficile sotto altri aspetti, ed allora guardate come si potrebbe ragionare così: uno dei modi per togliere i dubbi potrebbe essere proprio quello di elaborare un disegno di legge e sottoporlo al Consiglio come disegno di legge di iniziativa consiliare, se non può diventare disegno di legge della Giunta. Non è necessario che sia un disegno di legge della Giunta. Un altro modo potrebbe essere quello, ve l'ho detto in più occasioni, di prendere norma transitoriamente e non vincolativamente, per sempre, dal parere e dal giudizio di qualche organo che sia al di sopra di noi, fermo restando che noi siamo pronti, assolutamente pronti, ad accettare qualunque diversa definizione o interpretazione di questo articolo che ci venga con l'autorità che deve accompagnarla; avevamo detto "Commissione per le norme di attuazione.,, quella commissione deve pure dettare le norme di attuazione dello Statuto; avevamo detto "Consiglio di Stato.,. Avete forse ragione di dire no, perché la materia è tale che è meglio sia risolta attraverso una pronuncia giurisdizionale, avete ragione. Ed allora diamoci pazienza, aspettiamo che questa pronuncia giurisdizionale venga. Aspettiamo che questa attesa Corte costituzionale si costituisca, non c'è nulla che bruci, non c'è assolutamente nulla che bruci nel frattempo. Ora, a proposito di questa Corte costituzionale, è stato osservato nella discussione che essa non è un organo di consulenza, ma un organo giurisdizionale. E' detto que-

sto per avvertire che forse non è neanche possibile chiedere un parere alla Corte costituzionale. Ma abbiamo dichiarato e ripetiamo che, essendo vero che la Corte è un organo giurisdizionale, vi metteremo in grado, votando una legge, di avere la possibilità di una pronuncia giurisprudenziale che valga per tutti in una materia a cui attribuite tanta importanza. Ma bisogna rassegnarsi ad attendere; e questo è proprio una cosa grave? Ma se si tratta dell'Assessorato all'agricoltura che avete sempre avuto in mano voi, essendo voi al vertice di questa attività amministrativa anche per la Provincia di Trento! Ma se questo Assessorato non fa che applicare 4 o 5 leggi regionali che voi avete votato con noi! Ma se quelle tali leggi non prevedono che l'attuazione di provvedimenti attraverso commissioni provinciali che sono presiedute dal vostro Assessore provinciale e noi in Giunta regionale non facciamo altro che esaminare solo quegli alcuni casi, che non si possono neanche contare sulle dita di due mani, fra centinaia e centinaia di casi che le commissioni provinciali esaminano, svolgendo un'attività di unificazione dei criteri che è utile, assolutamente utile per l'impostazione di una sana attività amministrativa, svolgendo un'azione di coordinamento, tesaurizzando le esperienze che vengono da una parte e dall'altra, vedendo di fare il meglio in queste situazioni. E quando voi riconoscete e dovete riconoscere che non vi è mai stato fatto un torto, che l'impostazione dell'amministrazione regionale è sempre stata corretta anche nei vostri riguardi e nei riguardi di tutti, e lo disse lo stesso Assessore Dietl, quando ci troviamo in queste condizioni di sostanza, come mai si va a commettere per una questione di questo genere un atto di impazienza di questa natura?! Aspettiamo la Corte costituzionale, e noi, ripeto, vi metteremo senz'altro in condizioni di avere la pronuncia che avete diritto di attendere e vi dichiariamo che a quella pronuncia ci sottoporremo senza discussione.

E ora brevi dichiarazioni in ordine ad alcuni spunti su questo argomento. Vorrei parlare della crisi di un occhio o della crisi di due occhi. Dico subito che bisogna tenere presente obiettivamente: primo, che nella lettera di cui è stata data lettura l'Assessore Dietl dichiara di aver dato le dimissioni anche per motivi personali suoi, non esposti ma enunciati; secondo, che il suo atto è un atto personale; è certo che il gruppo non aveva deliberato le sue dimissioni, è solo vero che il gruppo ha creduto di non sconfessarle. Non è un atto, una decisione del gruppo, in questa situazione. Non vedo perché il caso dovrebbe allargarsi. Sarebbe assolutamente al di fuori di ogni ragionevole rapporto consequenziale. In terzo luogo la situazione è diversa. Qui c'è stato il tema di una legge sulla quale si era delineato un netto dissenso in Giunta. Altrove questo tema non c'è. Quindi lasciamo le cose nella loro proporzione esatta.

C'è stata una ripetuta insistenza sul tema delle impressioni, delle sensazioni che hanno i signori Consiglieri della minoranza, sensazioni antipatiche in questo senso: essi vivono da anni nel convincimento che l'Ente Regione abbia una regia a due che si svolga nel segreto. Ora, io che sono, per temperamento, per abitudine mentale, portato a chiedermi sempre che cosa c'è di concreto nelle affermazioni generiche, per capirle, mi domando: che cosa ci può essere di segreto nelle relazioni fra D.C. e S.V.P.? L'attività regionale o è attività legislativa e si attua evidentemente attraverso lo esame e la votazione di leggi che sono portate in Consiglio, o è attività amministrativa, e si attua in applicazione di un bilancio che è votato capitolo per capitolo preventivamente dal Consiglio Regionale, il quale è informatissimo di tutte le iniziative che si possono prendere, di tutti gli atti che si possono compiere. Che cosa resta al di fuori di questo, che possa essere segreto? Restano sì alcune competenze, sono quelle affidate al Presidente della Giunta Regionale per la nomina dei Presidenti degli Enti Provinciali del Turismo, degli Istituti di credito, delle Camere di Commercio, ecc., questioni di una certa importanza, ma che rappresentano evidentemente, nel complesso delle attività regionali, una frazione, se non del tutto trascurabile, certo minima.

Ora mettiamoci in testa che la realtà è questa, e che di segreti non è il caso di parlare. Ma tuttavia permettetemi di dire qualche cosa di più. Si dice da parte delle minoranze: noi dobbiamo essere informati delle relazioni che intercorrono fra i due partiti di maggioranza. Ma perché? Le relazioni fra partiti sono relazioni libere e delle quali nessun partito è tenuto, nelle buone regole di vita, a rendere conto ad un altro partito. Anche i partiti di minoranza hanno le loro relazioni ed i loro accordi, ma io considererei incivile andare a chiedere che mi si comunicino quegli accordi; essi riguardano voi e avete la libertà di prenderli e di usarli come credete. Consentite che altrettanto avvenga fra i partiti di maggioranza. Questa è una legge di vita che non deve dare fastidio a nessuno e non deve sembrare né incivile né antidemocratica, né altro, tanto più che è reale, realissimo, che nell'ordinamento della Regione e nel modo con cui abbiamo impostato la nostra attività, il Consiglio è sempre adeguatamente informato di tutto ciò che è essenziale, sempre!

E' stata fatta un'analisi di un certo senso di disagio che potrebbe esistere, a parte la questione contingente, fra la D.C. ed il gruppo etnico tedesco facente capo alla S.V.P. E' stato detto che questo senso di disagio riguarda diversità di concezioni, diversità di sensibilità sul terreno sociale e programmatico, e queste diversità creerebbero l'impossibilità di intendersi e sarebbero probabilmente anche la fonte di ulteriori stati di disagio che potrebbero maturarsi. Ora qui consentitemi di dir-

vi che può darsi e si dà che in ordine a taluni problemi D.C. e S.V.P. possano avere una sensibilità diversa, ma certamente c'è quanto basti, spero, per tenerci sempre uniti e questo "quanto basti", è anzitutto in quella ragione che lo stesso cons. Raffaelli ha indicato: proprio il comune fondamento cristiano della nostra concezione politica, fondamento per il quale ciascuno di noi può sentirsi e si sente indegno, troppo migliori di noi essendo le grandi Cose della Fede. Questa consapevolezza della nostra personale indegnità, non ci può togliere lo incrollabile convincimento che senza quella Fede nulla si costruirà mai di solido nella vita umana e sociale. E' a questo convincimento che devo fare appello in modo particolare. Di fronte a questo convincimento tutto il resto può diventare secondario.

E ci unisce un'altra cosa, spero, ed è la volontà di interpretare storicamente il nostro compito — scusate se uso parole forse troppo grandi per la nostra modestia — interpretarlo *storicamente*. Noi dobbiamo dare la dimostrazione che nonostante queste possibili contrarietà di vedute in ordine a problemi di dettaglio abbiamo la convinzione che le collettività etniche diverse possono realmente collaborare ed intendersi e coesistere in rapporti di fiducia e non di diffidenza, con il desiderio di restare unite e non di isolarsi, pur nel rispetto delle tradizioni della lingua e dei costumi e degli usi. Voglio sperare che questo convincimento sia la derivazione di quell'altro convincimento ideale di cui prima ho parlato e che sia il mezzo attraverso il quale troveremo sempre la possibilità di superare i netti e qualche volta anche decisi contrasti che in questioni di dettaglio possono presentarsi e si sono presentati e si presenteranno anche in seguito.

Ora è stato detto da Nardin: dica il Presidente della Giunta Regionale che cosa pensa della situazione. Credo che questa domanda debba essere interpretata nel senso che il cons. Nardin desidera conoscere che cosa si pensa della soluzione di questo caso, di questo punto 2) all'Ordine del giorno: sostituzione dell'Assessore. Qui dico: c'è una dichiarazione della S.V.P. di non volere coprire quel posto. Noi preghiamo la S.V.P. di dichiarare (forse non c'è bisogno, ma lo dichiarare) se in questa decisione rimane inflessibile; se non rimane inflessibile noi saremo pronti a nominare l'Assessore che ci venga indicato e che spetta al gruppo etnico tedesco; se rimane inflessibile nella decisione, pensiamo che il posto debba rimanere vacante, a dimostrazione che la maggioranza non vuole e non può e non deve in nessun modo togliere alla minoranza la possibilità di avere in Giunta membri in numero proporzionale alla composizione etnica del Consiglio. Nel frattempo sarà provveduto interinalmente, come avviene anche in altre istituzioni più grandi di noi, nello Stato e nel Governo. Spero comunque che in una maniera o nel-

l'altra, attraverso la presentazione di un disegno di legge da parte vostra o un'ulteriore discussione in Consiglio o in altro modo, o facendosi strada il convincimento che si possa attendere la pronuncia della Corte senza precipitare la situazione per temi di questo genere. Spero che comunque fra non molto troveremo il modo di arrivare al completamento della nostra struttura. (*Applausi D.C.*).

BENEDIKTER (Assessore Affari Generali - S.V.P.): Regionalausschuß-Präsident Odorizzi hat zu Anfang seiner Rede erklärt, daß er rein persönlich Stellung nimmt. Es ist klar, daß auch ich hier persönlich, aber als Mitglied des Regionalausschusses Stellung nehmen muß.

Zuerst möchte ich einige Klarstellungen zu gewissen Ausführungen des Herrn L.A. Pupp, des ehemaligen Landwirtschaftsassessors der Region geben. Der Abgeordnete Pupp hat als Regionalassessor einen Gesetzentwurf eingebracht über die Schaffung von Landwirtschaftskammern und er hat es zwar auch selber ausgesprochen, jedoch glaube ich, ist es nicht mit entsprechender Klarheit auch übersetzt und verstanden worden.

Diese Landwirtschaftskammern waren gedacht als eigene Körperschaften öffentlichen Rechtes, welche die Verwaltungsbefugnisse auf dem Gebiete der Landwirtschaft und des Forstwesens hätten übernehmen und auf welche die land- und forstwirtschaftlichen Ämter hätten übergehen sollen, so daß der Unterschied zwischen dem Entwurf Dietl und dem Entwurf Pupp nur darin bestanden hat, daß im zeitlich nachfolgenden Entwurf eben die Übertragung der Verwaltungsbefugnisse auf die Provinzen und nicht auf eine eigene neu zu schaffende Körperschaft vorgesehen war.

Der Abgeordnete Menapace hat historische Reminiscenzen gebracht und hat flüchtigerweise an den Kampf der Trentiner um ihre Autonomie hingewiesen in der Zeit, als es ein Land Tirol gegeben hat mit Nordtirol, Südtirol und — wie es eben damals geheißen hat — mit Welschtirol. Dazu möchte ich auch bemerken, daß damals die Trentiner sich im besonderen um eine gesonderte Verwaltung der land- und forstwirtschaftlichen Angelegenheiten bemüht haben und dabei auch diese ihre Bestrebungen von Erfolg gekrönt worden sind, dadurch, daß durch Beschluß des damaligen Landtages eine eigene Sektion des Landeskulturrates geschaffen worden ist mit exekutiven Befugnissen und mit der Vollmacht, die für Land- und Forstwirtschaft zur Verfügung stehenden Mittel zu verteilen, welche Sektion eben für das italienischsprachige Gebiet des Landes Tirol einzig und allein zuständig war.

Auf eine allgemeine Frage kurz eingehend, und zwar auf das von seiten italienischer Vorredner hervorgeho-

lene Verlangen unsererseits, daß die Zuwanderung aufgehoben werde, mit dem Hinweis, daß gewissermaßen dieses Verlangen nicht nur gegen die italienischen Verfassung sei, sondern auch den allgemeinsten Rechtsgrundsätzen im Rahmen eines einheitlichen Staates widerspreche, möchte ich demgegenüber auf den Art. 6. der Staatsverfassung hinweisen, welcher ausdrücklich Sondermaßnahmen vorsieht zum Schutze der sprachlichen Minderheiten, also Sondermaßnahmen, die auch anderen verfassungsrechtlichen Grundsätzen, die in derselben Verfassung enthalten sind, widersprechen können. Abgesehen davon ist es ein Prinzip, das in den zwei größten Staaten der Welt, den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion, anerkannt und praktiziert ist, daß kleinen Minderheiten, die auf einem geringfügigen Teilgebiet des Staates leben, eben dieses ihr angestammtes Gebiet als ihnen vorbehaltenes Gebiet für ihre völkische wirtschaftliche Entwicklung zuerkannt wird, wobei eben zu bedenken ist, daß unsere Minderheit ein Gebiet umfaßt, das 2,5% des italienischen Staatsgebietes ausmacht und 0,5% der italienischen Staatsbevölkerung darstellt. Es sei auf weitere konkrete Regelungen, wie die Regelung der schwedischen Minderheit auf den Aalandsinseln, sowie auf die praktischen Vorkehrungen, die in den Schweizer Kantonen getroffen werden, hingewiesen, beispielweise, daß im Kanton Tessin die Vorherrschaft des italienischen Charakters des Kantons zu gewährleisten ist, und analog in den französischen und in den deutschen Kantonen.

Präsident Odorizzi hat flüchtig den vom Abgeordneten Dietl eingebrachten Gesetzentwurf über die Durchführung des Art. 14 auf dem Gebiete der Landwirtschaft und des Forstwesens besprochen.

Ich bin der Ansicht, nachdem wir nicht in die Detailbesprechungen dieses Entwurfes eingegangen sind, daß, wenn schon, dem Regionalrat Gelegenheit gegeben werde, ausführlich — sei es über den Entwurf, sei es über den gesamten juridischen Fragenkomplex des Art. 14 — zu diskutieren, so daß auch unser Standpunkt zum Entwurf Dietl und unsere Begründung dieses Entwurfes dargelegt werden können, nachdem ich es nicht für den gegebenen Zeitpunkt erachte, jetzt auch gewissermaßen die von Präsident Odorizzi vorgebrachten Argumente zu widerlegen.

Dabei möchte ich jedoch bemerken, daß, wenn auch der Entwurf vom rein rechtlich-objektiven Standpunkt aus in einzelnen Punkten kritisiert werden kann, damit noch nicht die Konsequenz hätte gezogen werden müssen, den Entwurf in Bausch und Bogen als indiskutabel abzulehnen.

Es ist vom Präsidenten Odorizzi gesagt worden, es sei uns bei Beschlüssen des Regionalausschusses nie unrecht geschehen. Ich möchte das dahingehend rich-

tigstellen, daß bei diesem Ausspruch das Wort Unrecht jedenfalls rein subjektiv aufzufassen ist. Ich möchte für mich behaupten, daß wir gerade in national-politisch heiklen Angelegenheiten überstimmt worden sind. Weiters möchte ich jetzt zur Frage meiner Stellung im Regionalausschuß nach dem Rücktritt des Assessors Diel Stellung nehmen.

Es ist klar, daß nicht nur die S.V.P. und unsere Gruppe, sondern auch ich persönlich grundsätzlich den Standpunkt des Regionalassessors Diel in der Durchführung des Art. 14 vollkommen teilen; ich möchte hinzufügen, daß ich auch seinen Standpunkt teile, daß wir als Regionalassessoren durch unsere Mitarbeit im Regionalausschuß die Verantwortung mittragen für die im Gange befindliche Entwicklung der Überfremdung, der Minorisierung unserer Volksgruppe auf dem eigenen Volksboden; es dürfte ferner auch allen klar geworden sein, daß mein Bleiben als Regionalausschußmitglied in erster Linie eine Frage der Gesamthaltung der S.V.P. ist und daß, wenn die S.V.P. jetzt entschieden hat, daß nicht alle deutschen Regionalassessoren zurücktreten, sie es auch deshalb getan hat, weil wir uns in einem Zustand der völkischen Notwehr befinden und weil auch die Auslegung des Autonomiestatutes in dieser Frage zweifelhaft ist.

Es stimmt, wenn Regionalausschußpräsident Odorizzi sagt, wir haben das Gemeinsame der Religion und der katholischen Weltanschauung und auf Grund dieser Weltanschauung auch die gemeinsame Überzeugung, daß zwei Volksgruppen in der Achtung ihrer Grundrechte und ihrer Naturrechte nebeneinander leben können. Dazu möchte ich jedoch auf die unverantwortliche Hetze hinweisen, die das Organ der christlichdemokratischen Partei "Adige," gegen die Vertreter unserer Volksgruppe, insbesondere gegen uns Landtagsabgeordnete führt, wobei besonders in diesem Zusammenhang zu bemerken ist, daß der verantwortliche Leiter dieser Zeitung gleichzeitig der Präsident der Katholischen Aktion des Trentino ist.

MITOLO (M.S.I.): Ho capito che siete un po' sgonfiati. Siete giù di corda! Non ci credete più! Negli Stati Uniti si tutelano i pellirosse in questo modo. (*ilarità*).

PRESIDENTE: Vorrei aggiungere un'integrazione. E' stato detto che lo Statuto e la Costituzione prevedono all'art. 6 la possibilità di emanare leggi speciali a favore della tutela delle minoranze e che in base a queste leggi speciali si possono anche emanare delle altre disposizioni previste nella Costituzione stessa. Se la Costituzione prevede anche leggi speciali a favore della tutela delle minoranze, ovviamente anche il progetto di Diel doveva essere preso in considerazione. Inoltre lo Assessore Benedikter auspica la pertrattazione dettagliata della legge, non in questo momento, ma in Consiglio,

ove potremo fare le nostre controdeduzioni e giudicare i dettagli in materia che non è il caso di portare adesso, in quanto la legge non è in discussione.

Chi chiede la parola ancora per la seconda volta?

BRUGGER (S.V.P.): Per fatto personale.

PRESIDENTE: Lei può parlare per la seconda volta.

BRUGGER (S.V.P.): Herr Präsident Odorizzi, Sie haben in Ihren Darlegungen sich beklagt über meinen Ton und über die Art und Weise, wie ich Sie in meinen Darlegungen angesprochen habe.

Ich bitte Sie, wenn Sie den Ton als mißfällig betrachtet haben, um Entschuldigung, möchte aber, was den Inhalt betrifft, nicht jetzt Erklärungen abgeben, wohl aber ein paar Fragen stellen, um eventuell aus der Beantwortung dieser Fragen eine Klärung, nachdem Sie die Angelegenheit auf persönliche Ebene gebracht haben, auf persönliche Ebene wiederum herbeizuführen.

Sie haben sich über das Wort „mangelnde Aufrichtigkeit“ besonders aufgehalten. Herr Präsident, es wurde mir gesagt, daß vor der paritätischen Kommission der Durchführungsbestimmungen bereits einmal der Art. 14 hätte zur Behandlung kommen sollen und daß Sie, Herr Präsident, die Verhandlungen hätten vertagen lassen. Ich wollte fragen, ob das wahr ist.

Zweitens haben wir uns erst vor sehr kurzer Zeit eine Erklärung darüber geben können, weshalb die christlich-demokratische Partei das Gutachten des Staatsrates über den Art. 14 beantragt hat, bzw. uns vorgeschlagen hat. Wir konnten erst vor kurzem feststellen, daß bereits ein solches Gutachten seitens des Regionalausschusses vom Staatsrat beantragt worden ist in Angelegenheit des Regionalen Kreditinstitutes, und haben festgestellt, daß die vom Staatsrat gegebene Antwort ausgesprochen dafür den Beweis liefern würde, daß die Auslegung des Art. 14 vom Staatsrat in sehr restriktivem Sinne erfolgen würde.

Was fernerhin mich zu diesem Ausdruck veranlaßt hat, war das Unverständnis, weshalb die christlichdemokratische Partei uns Zusicherung gibt, das Gesetz über die Anwendung des Art. 14 der Landwirtschaft dann mit uns zu verabschieden, sobald ein Verfassungsgerichtshof da ist; und hier sagen wir: Wenn dieser gute Wille besteht, können wir ja das Gesetz auch jetzt schon im Regionalrat diskutieren und es würde mich freuen, dieser Diskussion eine längere Abhandlung zur Vertiefung unserer gegenseitigen Auffassungen über die Auslegung des Art. 14 anzuhängen.

Sie wundern sich, Sie halten uns für arg, daß wir so große Eile haben mit der Durchführung des Art 14 in der Landwirtschaft. Diese Eile gerade auf landwirtschaftlichem Gebiete ist nicht ganz unbegründet. Wir würden uns gerade auf landwirtschaftlichem Gebiet

mehr Zeit lassen, sofern wir die Garantie bekämen, daß das Regionalassessorat für Landwirtschaft und Forste auch in der nächsten Legislatur uns zur Verfügung bleibt. In diesem Fall würden wir eventuell etwas weniger auf die Durchführung des Art. 14 in der Landwirtschaft dringen.

Ich hoffe hiermit ein paar Klärungen zu meinem Ton und zu den paar Ausdrücken, die Sie beleidigt haben, zu geben und bitte, was meinen Ton anbelangt, höflichst um Entschuldigung; es war nicht so gemeint wie Sie es aufgefaßt haben. Was die Worte betrifft, den Inhalt der Worte, kann ich keines zurücknehmen.

BRUSCHETTI (D.C.): Questo no!

ODORIZZI (Presidente G.R. - D.C.): Per quanto riguarda la lagnanza che ho posta circa il tono di Brugger, ci siamo chiariti, ma per quanto ha detto ora lo pregherei, se ha bisogno di sapere qualche cosa circa l'attività che svolge la Giunta, di chiedere direttamente, perché quando viene a riferire cose sentite, come ha fatto adesso, dice cose che non riesco a comprendere, talmente sono lontane dalla realtà. Non esiste né questo ritardo della trattazione dell'art. 14 nella Commissione per le norme di attuazione, né il parere chiesto dalla Giunta al Consiglio di Stato. Quindi faccia il favore, eventualmente, venga direttamente e mi chieda; non ho mai rifiutato una risposta a nessuno.

PRESIDENTE: Caminiti ha la parola per la seconda volta.

CAMINITI (P.S.D.I.): Signor Presidente, signori Consiglieri, mi pare che dopo le dichiarazioni del Presidente Odorizzi e dell'Assessore Benedikter e soprattutto dopo l'amena trovata finale del Capo gruppo della S.V.P. Brugger, amena questa trovata quanto mai, allorché chiede assicurazioni per la detenzione del portafoglio dell'agricoltura regionale anche per la terza legislatura e la chiede, non so come, non so a che titolo, se a titolo personale...

BRUGGER (S.V.P.): Personale!

CAMINITI (P.S.D.I.): ... o di capo gruppo, non so per chi — naturalmente quando Brugger mi dice che la chiede a titolo personale gli auguro di diventare il prossimo Assessore regionale all'agricoltura perché così, dopo qualche tempo, proverà le delizie che hanno già provato gli altri quando sono passati sul campo o sul tappeto verde di cui si parlava stamane —, soprattutto dopo questa amena trovata mi sembra che possiamo concludere con Fedro: "Il monte ha partorito un topolino,.. Insomma tutto questo destreggiare e questo trottar di cavalli e questi guerrieri in arcione e questo sfidarsi con violenze e insulti e questo crepitar di armi e di bagagli, mi pare che, tutto sommato, porterà ad una soluzione tranquilla.

Soluzione che mi pare abbia già indicato il Presidente Odorizzi quando ha ammesso che la proposta partita dal seno di Diel potrà essere ripresa e riesaminata sia pure con i necessari adattamenti alla realtà legislativa, amministrativa e politica consentita dalle leggi vigenti, ed a questa tesi mi pare abbia anche abbozzato, più o meno alla larga, Benedikter, quando ha detto che in sostanza egli pensa che sia opportuno che il Consiglio ridiscuta l'argomento anche se non è il caso di farlo oggi perché non sarebbe opportuno, perché non è all'Ordine del giorno, perché non si è preparati e via di seguito. Quindi siamo di fronte a prospettive meno truci di quello che sembrava dovessero essere le conseguenze di questo febbrone galoppante. E' un po' come quando le mamme si preoccupano eccessivamente per il febbrone del bambino; in verità la Regione è bambina, è piccola, e come i bambini soffre di questi febbri a sussulto, e quindi bisogna questi febbri vederli nella cornice dei bambini assistiti dalla mamma, ed allora non facciamo le cose tanto gravi! Però, non posso essere d'accordo con la conclusione a cui si arriva oggi, concludendo questa discussione sul punto 2) all'Ordine del giorno o quasi concludendo — perché non so se qualcuno vuole parlare, perché se non mi alzavo io si chiudeva la discussione e mi sono alzato per impedire che si chiudesse — in questo modo: Non nominiamo nessun Assessore perché non ci è stato designato nessuno da parte del gruppo etnico al quale compete la designazione. Non sono d'accordo con questa formula che può essere tattica, anzi molto tattica, che può essere utile, anzi direi utilissima, ma che non mi pare risponda allo spirito dello Statuto. Perché, lasciamo stare l'art. 30, quello è un articolo fatto con molta intelligenza, per cui è difficile poter dire se l'interpretazione dell'art. 30 vada fatta giustamente in un modo piuttosto che in un altro, ma andiamo all'art. 33 che suona così: "Qualora per morte,, — e non è il caso, ché per fortuna questa volta Diel non era neanche ammalato, nel caso Tessmann non ci potevano essere dubbi perché si disse che era ammalato, ma Diel no, ammalato non era e io gli auguro una florida salute — "qualora per morte, dimissione o revoca del Presidente della Giunta regionale o degli Assessori occorra procedere alla loro sostituzione, il Presidente del Consiglio Regionale convoca il Consiglio entro quindici giorni,,. Voi mi darete atto che il legislatore dice "occorra,,; evidentemente la morte, la revoca o la dimissione porta alla necessità di sostituzione. L'art. 33 in sostanza e nello spirito, quanto meno, ci dice che nel caso di morte, revoca o dimissioni entro 15 giorni bisogna procedere alla sostituzione, perché il disporre la convocazione entro 15 giorni intanto indica la necessità di provvedervi presto, dice 15 giorni, non dice 6 mesi, quindi vuol dire che il legislatore si preoccupa della carenza e voleva colmarla disponendo che ci si convochi in 15 giorni. Poi dice che bisogna

convocare questo Consiglio, perchè? Per provvedere alle loro sostituzioni; diversamente sarebbe molto meschino e molto triste che si potesse convocare il Consiglio per provvedere alla sostituzione e poi si finisse col non farlo. Bel discorso! Non siamo d'accordo, perchè allora la Giunta è carente nei confronti dell'art. 33. Ora non so se il Presidente Odorizzi abbia esaminato attentamente questo aspetto puramente legislativo e di diritto del problema, ma vorrei poi richiamare l'attenzione del Presidente sull'art. 36 che dice: "Il Presidente della Giunta regionale determina la ripartizione degli affari tra i singoli Assessori effettivi con proprio decreto da pubblicarsi nel Bollettino regionale... Adesso un Assessore effettivo non c'è più, ci sarebbe un supplente, il quale è chiamato a sostituire l'effettivo nelle rispettive attribuzioni, va bene, ai sensi di quell'intelligentissimo art. 30; però viene sempre in ballo l'art. 33 che dice che entro 15 giorni bisogna procedere alla sostituzione dell'Assessore morto o dimissionario o revocato, ed allora, Signori, dico, concludendo, che noi non possiamo chiudere il punto 2) dell'Ordine del giorno senza aver nominato l'Assessore effettivo per la attuale legislatura. Potremo se mai rinviare la discussione e dare tempo ai due partiti della coalizione di trovare un'intesa, perchè mi pare che soprattutto di questo si tratta, mi pare che ad un certo momento si siano accorti che non si erano intesi e che ad un certo momento si sia dimostrato da entrambe le parti che, tutto sommato, c'era ancora un terreno possibile di discussione che non era stato adito unicamente perchè si partiva da preconcetti diversi e perchè si era già montati sul cavallo, lancia in resta, e si cercava di fare il torneo. Ormai il torneo è fatto, le lance sono state spezzate, i cavalli corrono a briglia sciolta, i cavalieri sono tutti sani e salvi. Ed allora penso che i cavalieri, essendo scesi dal destriero focoso, possano riprendere tranquillamente il dialogo e trovare, se possibile, il terreno della discussione che dovrà essere riportato in Consiglio, iniziato fra i membri della Giunta e i partiti di maggioranza, e qui concluso. E concluso con la nomina del nuovo Assessore perchè diversamente noi, per salvare uno stato di fatto difficile, avremo compiuto un atto illecito.

ODORIZZI (Presidente G.R. - D.C.): Ho esaminato questa cosa e l'ho pensata ed alla conclusione che ho enunciato poco fa sono giunto tranquillamente. Lo Statuto, essendo norma del nostro ordinamento che gli Assessori vengano nominati dal Consiglio, naturalmente doveva prevedere il caso di vacanza e disporre che il Presidente convocasse per la nomina dell'Assessore. Lo Statuto dispone, e questa è la portata dell'art. 33...

CAMINITI (P.S.D.I.): E' tutto là!

ODORIZZI (Presidente G.R. - D.C.): ... lo Statuto dispone che la Giunta regionale deve adeguarsi alla

consistenza dei gruppi linguistici quali sono rappresentati in Consiglio Regionale. Questa è una norma alla quale dobbiamo mantenere fede nel senso che dobbiamo consentire ai gruppi linguistici rappresentati nella Regione di avere una rappresentanza proporzionale in Giunta. Ove questi gruppi linguistici non vogliano servirsi di questa facoltà, non possiamo imporla, né dobbiamo intralciarla, e quindi — nel caso concreto — dobbiamo lasciare il posto scoperto in attesa che questa situazione sia superata, perchè a lungo andare non potrebbe essere una situazione normale. E bisognerebbe semmai, per normalizzarla, riportare la materia in Consiglio affinché il Consiglio modifichi le sue decisioni sul numero degli Assessori e per arrivare ad altre conseguenze, ma è normale in tutti gli istituti governativi ecc. che si possa determinare una vacanza e questa vacanza sia colmata attraverso un incarico temporaneo o la assunzione da parte del Presidente delle funzioni di quel tale membro dell'organo amministrativo che viene meno, e nel nostro caso la soluzione è tanto più facilitata in quanto è il Presidente che ripartisce gli affari fra gli Assessori effettivi; il Presidente può quindi legittimamente attribuire gli affari ad altro Assessore effettivo e nessuno potrà impugnare questo provvedimento. Lo farà nella forma che riterrà migliore, lo farà nella speranza che questo sia transitorio, ma lo farà in applicazione di una facoltà che lo Statuto gli ha dato, quindi legittimamente.

CAMINITI (P.S.D.I.): L'art. 33 non ci rimane?

MITOLO (M.S.I.): Io sono democratico...

AMONN (S.V.P.): E' diventato! (*ilarità*).

PARIS (P.S.D.I.): Oh, che novità!!

MITOLO (M.S.I.)... e quindi rispetto le opinioni altrui, e sono d'accordo col Presidente della Giunta quando dice che di fronte alla dichiarazione del gruppo consiliare di lingua tedesca, secondo cui non viene fatta la designazione dell'Assessore che ad esso gruppo spetterebbe di proporre in sostituzione del dimissionario, non c'è altro da fare che prenderne atto e le conseguenze sono quelle che giustamente egli ha enunciato: resta vacante l'Assessorato e al suo posto verrà nominato un Assessore ad interim o il supplente, cosa che spetta al Presidente della Giunta. Però penso che questa conseguenza debba scaturire non dal fatto che il gruppo consiliare, al quale spetta questa designazione, si rifiuti di fare la designazione, ma questa conseguenza derivi dal fatto che dopo la votazione che si dovrà fare, non essendo risultato eletto l'Assessore che dovrà sostituire il dimissionario, altre conseguenze non si possono trarre da quella che ha prospettato il Presidente della Giunta. E' il Consiglio che deve decidere questo e non il gruppo consiliare;

è il Consiglio che comunque deve procedere alla votazione alla quale non si può sottrarre. Quindi noi dobbiamo votare la sostituzione dell'Assessore e non prendere atto del fatto che il gruppo consiliare al quale spetta la designazione non lo fa, anche perché lo Statuto non prevede che la votazione si faccia solo perché il gruppo consiliare propone l'Assessore nominato. Lo statuto all'art. 36 dice semplicemente che la Giunta si deve adeguare alla consistenza dei gruppi linguistici che sono rappresentati nel Consiglio regionale. Quindi ritengo che alla votazione si debba pervenire e la votazione darà il risultato che dovrà dare. Il Consiglio potrebbe votare un Assessore del gruppo di lingua tedesca anche se non è stato designato dal gruppo di lingua tedesca, certamente. Io non lo designerò, ve lo dico subito, perché sono un democratico. Hanno detto che non lo vogliono e quindi non imporrò loro di nominarlo, nominerei un qualsiasi altro: pensavo al simpatico Graber (Ilarità). Siccome però il gruppo ha detto di no, ne prendo atto; altri Consiglieri potrebbero anche non prenderne atto e quindi dire: noi votiamo un altro Consigliere e dalla votazione quello che avrà avuto il maggior numero di suffragi verrà eletto; se non ci sarà nessuno che avrà avuto il maggior numero di suffragi è logico che il seggio resta vacante e le conseguenze saranno quelle indicate dal Presidente della Giunta.

PRESIDENTE: Altri interventi prima di arrivare alla conclusione? Dico subito che dopo aver esaurito questo punto si passerà alla trattazione dell'ordine del giorno presentato da Mitolo. Adesso vorrei sapere se il Consiglio vuole procedere alla votazione o no. Se il Consiglio dichiara che non vuole procedere alla votazione di un altro Assessore per me la cosa è esaurita, in quanto non c'è una proposta di sostituto; se il Consiglio dichiara di voler procedere alla votazione...

CAMINITI (P.S.D.I.): Lo proponiamo noi!

PRESIDENTE: ...vedremo poi quale sarà l'esito della votazione e decideremo il da farsi.

ODORIZZI (Presidente G.R. - D.C.): Giusto, giusto.

PARIS (P.S.D.I.): Si deve arrivare alla votazione, perché anche quando si formano le Giunte non conosciamo niente, non ci sono dichiarazioni, sono accordi che vengono presi al di fuori del Consiglio. D'altro canto qual è l'atto che sostanzia la volontà di volere usare di un diritto o meno? E' la votazione. Ecco perché dico che quello è l'atto che consacra la volontà di usare questo diritto e questo atto deve avvenire, non per una semplice dichiarazione; voteranno tutti scheda bianca o come meglio crederanno, anche se ne uscisse eletto uno che dichiarerà di non voler accettare; questo sarà affar suo.

CAMINITI (P.S.D.I.): Fra 15 giorni si riconvoca il Consiglio!...

PRESIDENTE: Ho inteso così la domanda: se il Consiglio decidesse per alzata di mano di voler procedere alla votazione, ciò significherebbe che non vuole lasciare il posto vacante; se decidesse di non voler procedere alla votazione, con questo deciderebbe di voler lasciare il posto vacante. Ho pensato e formulato tutte le domande ma questo è il significato che ho dato alle stesse. Comunque anche l'esito della votazione potrebbe esprimere una risposta alle domande che ho fatto adesso. Desidero che il Consiglio decida se vuole procedere alla votazione o meno, e poi passeremo alla votazione.

CAMINITI (P.S.D.I.): Per richiamo al regolamento!

La domanda non va posta, perché noi siamo stati convocati qui per procedere, secondo il punto 2) all'Ordine del giorno, alla nomina dell'Assessore sostituto, che va fatta con votazione.

BRUGGER (S.V.P.): "Eventuale,,"!

CAMINITI (P.S.D.I.): Ma "eventuale,," non significa che non va fatta e che si eviti la votazione, può darsi che da questa votazione non salti fuori il nome e che non venga nominato...

PARIS (P.S.D.I.): Poteva anche darsi che Dieltl avesse ritirato le dimissioni!

CAMINITI (P.S.D.I.): ...e poteva darsi che il Consiglio non avesse accettato le dimissioni; è in relazione al primo punto che si mette "eventuale,," perché se il Consiglio non accettava le dimissioni o se Dieltl le ritirava, che cosa si faceva? Si nominava un altro? Ma arrivati a questo punto, Presidente, Lei deve mettere in votazione la nomina del nuovo Assessore; se non sortirà nessuno, pazienza! Se Lei dice che non si può procedere alla nomina perché manca una proposta, allora la proposta la facciamo noi e prego di interpellarci perché noi la faremo senz'altro.

NARDIN (P.C.I.): Solo per un richiamo al regolamento. Quando è fissato all'ordine del giorno un argomento non possono avvenire le domande che sono state fatte dal signor Presidente. Ha ragione Caminiti, c'è solo una via: la presentazione di un ordine del giorno attraverso il quale si propone, si decide di passare al punto successivo all'ordine del giorno. Questo consente il regolamento, altre forme non vengono consentite. Il Presidente non può quindi, anche se è intenzionato a portare il suo contributo perché si arrivi alla migliore soluzione, porre la domanda che ha posta.

ODORIZZI (Presidente G.R. - D.C.): Anche questo si può fare. Fatelo voi!

PRESIDENTE: La proposta di Nardin, con il quale raramente concordo nella interpretazione del regolamento, questa volta ritengo sia la migliore.

NARDIN (P.C.I.): L'eccezione conferma la regola!

PRESIDENTE: E' stato presentato un ordine del giorno, ai sensi dell'art. 87 del regolamento, a firma Benedikter. Propone il passaggio al punto successivo dello Ordine del giorno della seduta, ed ha la precedenza nella trattazione di tutti gli altri relativi argomenti.

MITOLO (M.S.I.): Ma prima c'è da votare il mio!

PRESIDENTE: E' logico che il suo o. d. g. va discusso e votato.

ALBERTINI (Presidente Giunta Provinc. Trento - D.C.): Chi ha detto "votato,,?

PRESIDENTE: C'è una cosa: questo ordine del giorno doveva essere trattato alla fine del punto 1) allo Ordine del giorno del Consiglio. Ho promesso al Consigliere che verrà trattato in sede di discussione del punto 2).

ALBERTINI (Presidente Giunta Provinc. Trento - D.C.): Ma il regolamento vige anche per Lei, Presidente, ed il regolamento non lo consente!

PRESIDENTE: E' un ordine del giorno che ho qui da due giorni. Qui c'è un altro ordine del giorno che dice: "... decide di incaricare una speciale commissione consiliare, composta in forma proporzionale dai rappresentanti dei vari gruppi politici, la quale al più presto elabori e presenti al Presidente del Consiglio stesso una o più proposte legislative per l'attuazione dell'art. 14 dello Statuto con particolare riferimento alla materia dell'agricoltura,, a firma Nardin-Scotoni-Vinante-Molignoni-Caminiti. E' aperta la discussione sull'ordine del giorno preletto. Poi verrà l'ordine del giorno Mitolo, e infine l'altro che chiede di passare al punto 3 e cioè non si passi a votazione di altro Assessore. Ora avverto che ai sensi del regolamento nella discussione dell'ordine del giorno può parlare un Consigliere per gruppo. Chi chiede la parola sull'ordine del giorno preletto? Nardin domanda la parola? Mi sembra che c'è una proposta sospensiva.

BRUGGER (S.V.P.): Volevo chiedere la sospensione della seduta per 10 minuti per poterci consultare.

PRESIDENTE: Chi è d'accordo?

CONSIGLIERI: Sì, sì!
(ore 17.20)

PRESIDENTE: La seduta è riaperta. Un momento, adesso voglio spiegarmi un po' sul regolamento. Esaminiamo tutte le possibilità. Anzitutto quando viene presentato un ordine del giorno puro e semplice ai sensi

dell'art. 87 il quale propone il passaggio al punto successivo dell'ordine del giorno della seduta, questo ordine del giorno ha la precedenza nella trattazione su tutti gli altri ordini del giorno relativi all'argomento. In questo caso non si potrebbe trattare né l'ordine del giorno di Mitolo, né l'ordine del giorno di Nardin, Scotoni, Vinante, Paris, Molignoni e Caminiti. Se questo ordine del giorno che ha la precedenza fosse bocciato allora si torna a trattare l'ordine del giorno Mitolo e quello presentato dai cons. Nardin ecc. Questo è il primo argomento. Credo che su questo punto dobbiamo tutti concordare perché il regolamento è chiaro.

Sorge un altro problema. C'è la possibilità di presentare un ordine del giorno in una discussione com'è prevista qui ai punti 1) e 2) all'ordine del giorno? Il nostro regolamento prevede l'istituto degli ordini del giorno solo nella sezione II.a sotto la rubrica "discussione delle leggi,,; poi parla della discussione generale; chiusa la discussione generale si fanno le votazioni articolate, e poi si dice: "Durante la discussione generale,, — e qui si può soltanto intendere discussione generale delle leggi — "o prima che questa inizi, possono essere presentati da ciascun Consigliere ordini del giorno concernenti la materia in discussione,,; per cui, a parte quanto ho detto prima, sorge il dubbio se possono accettarsi ordini del giorno che siano presentati in discussioni che non siano discussioni generali in materia di leggi. In questo caso nessun ordine del giorno può essere accettato, né quello di Mitolo né quello presentato da altri Consiglieri, né quello puro e semplice; ma non si può saltare a piè pari ad un altro punto dell'Ordine del giorno.

Terza tesi: ammesso che si possa presentare ordini del giorno anche in discussioni che non vertono sulla discussione generale di leggi si può affermare che un tale ordine del giorno puro e semplice non può essere messo in votazione in quanto lo Statuto all'art. 33 ci obbliga a passare a una elezione.

Ho espresso tre situazioni diverse. Pertanto io penso che l'unica cosa che il Consiglio oggi può e deve fare, è quella di decidere di soprassedere per ora all'elezione di un sostituto, per ora e non per sempre! Mi sembra l'unica via di uscita. Questo credo che il Consiglio lo possa fare perché non credo che dobbiamo farci incatenare dal regolamento ma lo dobbiamo comunque rispettare. Perciò proporrei che il Consiglio, se d'accordo, decida di non procedere per ora all'elezione di un nuovo Assessore.

ERCKERT (Presidente G.P. Bolzano - S.V.P.): All'Ordine del giorno c'è il punto: "Eventuale elezione di un Assessore regionale, che deve appartenere al gruppo linguistico tedesco,,. Quindi, secondo me, dobbiamo decidere o di votare, di eleggere un sostituto, o accettare la proposta del Presidente Magnago di non fare la

elezione per il momento. Penso che si possa senz'altro decidere.

PRESIDENTE: Ai presentatori degli ordini del giorno voglio dire che una mozione può essere sempre presentata. Il regolamento dice: "Ogni Consigliere può presentare una mozione intesa a promuovere una deliberazione su un determinato oggetto da parte del Consiglio,,. Poi dice che "le mozioni non possono essere accettate se riguardano materia estranea alla competenza degli organi regionali,,. Una mozione riguardante la nomina di una commissione incaricata dell'attuazione dell'art. 14 rientra senz'altro nella competenza dell'organo regionale.

MITOLO (M.S.I.): Sostanzialmente sono d'accordo con la interpretazione data dal Presidente che risolve il problema, vorrei dire, intelligentemente. Devo però dichiarare che se la proposta che adesso verrà messa ai voti da parte del Presidente di rinviare la discussione sul punto 2)...

PRESIDENTE: No, ho detto che il Consiglio può decidere di soprassedere per ora alla elezione di un nuovo sostituto.

MITOLO (M.S.I.): Se questa è la proposta, significa sostanzialmente che si rinvia la ulteriore discussione di questo argomento perché l'argomento non è esaurito oggi. Se dovessimo ritornare in argomento per la votazione e la elezione...

PRESIDENTE: Certamente si riprende l'argomento nel senso che il Consiglio si riunisce per eleggere un nuovo Assessore ed è chiaro che allora si riprenderà la discussione.

MITOLO (M.S.I.): Quindi l'ordine del giorno da me presentato e che si riferisce a questo argomento conserva tutta la sua validità.

PRESIDENTE: Conserva la sua validità, se si accetta la tesi che ordini del giorno possono essere presentati in discussioni generali che non siano discussioni generali di leggi.

MITOLO (M.S.I.): Ma allora il Consiglio si dovrà pronunciare e Lei dovrà mettere in votazione le varie soluzioni da Lei proposte! A me pare che si debba fare così.

PRESIDENTE: Non è necessario, perché quando Lei mi presenterà l'ordine del giorno si discuterà se è possibile ammetterlo o non ammetterlo. Non posso dire adesso se un ordine del giorno che Lei ha intenzione di presentare potrà essere discusso o meno.

MITOLO (M.S.I.): L'ordine del giorno mio è quello là e resta, vorrei avere assicurazione che nel caso in cui

si approvi la Sua proposta e cioè si riapra poi la discussione per la nomina dell'Assessore, l'ordine del giorno da me presentato su questo argomento resta valido.

PRESIDENTE: Questa assicurazione non gliela posso dare.

MITOLO (M.S.I.): Perché?

PRESIDENTE: Perché ho esaminato i tre aspetti del problema, e ho detto fra l'altro che il nostro regolamento prevede l'istituto degli ordini del giorno solo sotto la rubrica "discussione delle leggi,,. Questa non è discussione di una legge nè una discussione generale su di una legge, bensì elezione di un eventuale Assessore nuovo, quando sarà fatta; interpretando così il regolamento come in questo momento lo interpreto, salvo diversa interpretazione del Consiglio, quando saremo giunti a questo problema, potrebbe anche non essere accettato.

MITOLO (M.S.I.): Ma ci sarà sempre però una decisione!

PRESIDENTE: D'accordo, ma non in questo momento.

MITOLO (M.S.I.): D'accordo, non in questo momento, basta venga fatta.

PRESIDENTE: D'accordo. Paris ha chiesto di parlare.

PARIS (P.S.D.I.): Secondo me, Presidente, non si può sospendere la votazione, perché è avvenuta la trattazione dell'argomento e nessuno più chiede la parola, bisogna arrivare alla decisione, semmai si deve sospendere la trattazione dell'argomento posto all'ordine del giorno, non rinviare la votazione.

PRESIDENTE: Non ho fatto questa proposta, ho fatto la proposta che il Consiglio decida di non procedere ora, adesso, oggi, senza impegnarsi per il giorno della elezione di un nuovo Assessore.

MITOLO (M.S.I.): Di rinviare la elezione.

PRESIDENTE: Rinviare.

PARIS (P.S.D.I.): E poi quando si viene qui si vota senza dire una parola? Sospendere ora la trattazione dell'argomento e non della votazione!

PRESIDENTE: Quando sarà il momento si verrà alla elezione del nuovo Assessore; verrà messa all'Ordine del giorno ed ognuno avrà il diritto di intervenire due volte su questo argomento.

MITOLO (M.S.I.): Potremo parlare altre due volte su questo argomento?

NARDIN (P.C.I.): In merito all'ordine del giorno che avevamo precedentemente presentato, siamo lieti

di trasformarlo in mozione e chiediamo che il Consiglio voti per l'inserimento straordinario in questo Ordine del giorno, in questa tornata. Per questo occorrono tre firme, se è chiamata mozione. La non ammissibilità o meno è un altro paio di maniche, ma ci vogliono tre firme, noi ne abbiamo cinque, siamo a posto.

Seconda osservazione: circa la proposta del Presidente di non procedere alla elezione del nuovo Assessore credo che sospendendo questa seduta e tenendo fermo lo Ordine del giorno come sta, siamo a posto; possiamo sospendere la seduta, non la tornata, rinviare di un certo numero di giorni, di quanti ci parrà opportuno rinviare, ma non si può sospendere la tornata perché l'art. 33 dice che il Presidente del Consiglio Regionale convoca il Consiglio entro 15 giorni per la questione delle dimissioni. Quindi da quel momento, da quando viene convocato, entra poi in vigore la legge regionale n. 25 del 20 agosto 1952, che all'art. 23 dice: "In caso di morte, dimissione o revoca degli assessori regionali si fa riferimento agli articoli precedenti,, , cioè all'art. 13 e 14. L'art. 13 dice: "La elezione degli Assessori regionali viene fatta dal Consiglio separatamente per ciascun gruppo linguistico e per gli Assessori effettivi separatamente da quella degli Assessori supplenti. Per la elezione dei membri componenti la Giunta regionale è necessaria la presenza di almeno la metà dei consiglieri componenti il Consiglio regionale. La elezione è fatta a scrutinio segreto e a semplice maggioranza dei consiglieri presenti. Ogni Consigliere vota per tanti nomi quanti sono gli Assessori da eleggere; risultano eletti coloro che ottengono il maggior numero di voti,, . E poi l'art. 14 dice: "Se dopo due votazioni resta scoperto qualche posto di Assessore effettivo o supplente, si procede alla votazione di ballottaggio fra un numero doppio di quello dei posti da coprire,, .

Non si può dire: "concludiamo la tornata consiliare senza votare,, ; poiché è stata posta all'Ordine del giorno la questione, si deve arrivare a una conclusione anche in base a quanto dice la legge regionale. Quindi non si può chiudere la tornata e dire: "in una prossima tornata lo metteremo all'Ordine del giorno,, , perché allora significa non trasgredire i termini dell'art. 33 dello Statuto, ma moltiplicare questa trasgressione.

ODORIZZI (Presidente G.R. - D.C.) A me pare evidente, ragionando a puro buon senso, a prescindere adesso dall'analisi sottile dell'art. "a,, o "b,, , che la proposta del Presidente del Consiglio, formulata nel senso che il Consiglio viene invitato a deliberare di non procedere per ora alla nomina dell'Assessore, sia una proposta perfettamente in regola. L'Ordine del giorno che ha dato l'avvio ai lavori di questa tornata dice al punto 2): "Eventuale nomina di un Assessore alla agricoltura di pertinenza del gruppo etnico tedesco,, . Il Consiglio, posto all'Ordine del giorno l'argomento, può deliberare

come vuole, di nominare, può deliberare di non nominare, e può deliberare di non nominare per ora. Non è obbligato a priori né all'una né all'altra di queste decisioni, e la decisione di non nominare per ora rientra nei poteri di nominare o di non nominare; una soluzione intermedia. Di ogni argomento all'Ordine del giorno il Consiglio è libero di fare e di non fare, di modificare e di rinviare. Praticamente questa proposta è una proposta di rinvio e nulla vieta che anche in questo caso il rinvio possa essere fatto. Quindi penso che il Presidente farà bene a porre ai voti la sua proposta che noi voteremo, sia pure ognuno secondo il proprio punto di vista.

ALBERTINI (Presidente G. P. Trento - D.C.): Mi pare che, vista la semplicità della proposta del Presidente e avvicinandosi la stessa anche alla tesi delle minoranze nel senso che su questo punto dell'Ordine del giorno non abbiamo maturato una decisione, sia giusto che questo punto all'Ordine del giorno venga rinviato fino a quando il Presidente del Consiglio e la Giunta regionale avranno la possibilità di sottoporre concretamente un provvedimento di sostituzione dell'Assessore. E' un rinvio! L'unica eccezione formale è questa: che per mantenere valido l'impegno dell'art. 33 dello Statuto, che dice che il Consiglio deve essere convocato entro 15 giorni, forse è bene mantenere in vita questo punto all'Ordine del giorno, perchè potrebbe anche succedere effettivamente, cosa che mi sembrerebbe contraria, che decidendo di non votare oggi, domani lasciamo alla libertà del Presidente del Consiglio o del Presidente della Giunta, alla discrezione loro, il termine del tempo entro cui provvedere, e questo non dovrebbe essere ammesso. Ormai la competenza della decisione è passata al Consiglio Regionale. Il Consiglio Regionale può benissimo dire: oggi non votiamo, voteremo nella prossima tornata su questo punto, mantenendo in vigore la sostanza del provvedimento che dovremo prendere; gli ordini del giorno che sono stati presentati verranno ripresentati nuovamente e le discussioni generali potranno essere fatte di nuovo. Mi pare che con questo accorgimento veniamo incontro alla tesi delle minoranze e sostanzialmente accettiamo il punto di vista del Presidente del Consiglio Regionale. Che cosa c'è di contrario a mantenere in vita il punto all'Ordine del giorno? Il fatto che quel punto è limitato a questa tornata, questa sarebbe la difficoltà, che cioè alla fine della tornata bisognerebbe esaurire questo punto all'ordine del giorno, ma superiamo anche questa impostazione se diciamo che la tornata non viene chiusa, ma sospesa. Il tempo dei 15 giorni è stato rispettato, siamo stati convocati in tempo; però, non avendo maturato una decisione, rinviando la decisione definitiva del punto all'Ordine del giorno a un altro tempo.

Per quanto riguarda la questione dell'ordine del

giorno in discussioni generali, il regolamento evidentemente non ha preso in esame le discussioni per la nomina degli Assessori, ma solo le questioni attinenti alle leggi, perché la materia di solito, di norma, in discussione presso il Consiglio Regionale, riguarda le leggi, perciò il regolamento ha disciplinato la discussione e la votazione di leggi, ma in mancanza di una norma specifica che disciplini queste discussioni, dobbiamo prendere per analogia quelle che sono abbastanza pertinenti all'approvazione delle leggi, perciò dico che valgono gli ordini del giorno preclusivi e di chiusura della discussione e tutte le altre norme del Capo II.

SCOTONI (P.C.I.): A proposito degli ordini del giorno a me sembra questo; se non sono ammessi ordini del giorno con i quali si può rinviare la discussione, subordinarla a determinati avvenimenti o altro, la proposta che fa adesso il Presidente del Consiglio, che cosa è? E' una proposta. Allora anche noi chiamiamo proposta il nostro ordine del giorno! Eh, no! Cambierebbe il nome ma la sostanza è sempre quella. Quindi si debbono ammettere gli ordini del giorno oltre che per gli argomenti sviluppati dal cons. Albertini anche per questo.

Per quanto riguarda poi il fatto se si deve giungere a una votazione o meno, tutto sommato ho l'impressione che vi si dovrebbe giungere. E ciò, oltre che per il dubbio che questo sia un atto dovuto, anche per un altro fatto. Lo Statuto e il Regolamento che cosa presuppongono? Presuppongono che uno o più Consiglieri, secondo i casi, abbiano diritto di sottoporre all'Assemblea una certa proposta che l'Assemblea deve prendere in considerazione e dire "sì," o "no," e non rinviare così sine die, e dire "la esamineremo un giorno, quando ci salterà in mente,". In questo modo il diritto di iniziativa svanisce. Io certo non posso dire: faccio un progetto di legge e voglio che lo approvino, ma posso pretendere che esso sia discusso. E poi per un altro motivo: le votazioni sulle elezioni del Presidente della Giunta e degli Assessori sono fatte a scrutinio segreto, perché? Perché probabilmente chi ha fatto lo Statuto su questi fatti particolarmente importanti ha voluto dare la possibilità ad ognuno di esprimere, senza preoccupazioni e senza possibilità di pressioni o altro, il proprio pensiero. Però ad un certo punto una maggioranza, che potrebbe anche essere non quella maggioranza particolare, per esempio, prevista in certi casi, in particolare per la nomina del Presidente della Giunta, con un voto palese praticamente non fa quello che in quel momento l'ordine del giorno dice di fare, e quindi verrebbe elusa anche quella garanzia che lo Statuto dà in caso di votazione prescritta col sistema dello scrutinio segreto. Inoltre mi pare che il fatto di non respingere l'argomento ma praticamente di collocarlo nel limbo per lasciarlo là per sempre, possa costituire un precedente pericoloso.

so. Adesso ci troviamo di fronte al Consiglio che ha una sua particolare struttura, a una Giunta che, dice lo Statuto, deve vedere la rappresentanza dei due gruppi etnici, ma supponiamo un altro tipo di Consiglio o di altro organismo analogo dove succeda una vera e propria crisi di Giunta; bisognerà risolverla e non si potrà dire: "decideremo un'altra volta,". Il rinvio ha un suo obiettivo che sarà il succedere di un certo avvenimento, ma non questo rinvio, il cui termine sarà fissato non si sa bene da chi ed in conseguenza di che cosa. Il Presidente del Consiglio quando porrà questo argomento all'Ordine del giorno? Quando gli salterà in mente? Quando andrà il capo di un certo gruppo a dire "adesso lo può mettere,"? Non mi sembra che questo sia corretto. Tutto questo mi fa pensare che si dovrebbe consentire la presentazione di ordini del giorno i quali stabiliscano qualche cosa di più preciso, un termine o una condizione, per cui l'argomento non venga accantonato senza sapere quando tornerà in Consiglio, ma abbia una certa data e scadenza.

PRESIDENTE: Non ho ben capito quale proposta concreta Lei fa in merito alla mia proposta.

SCOTONI (P.C.I.): Votare, subordinatamente consentire la presentazione di ordini del giorno.

PRESIDENTE: Votare che cosa?

MITOLO (M.S.I.): L'elezione del nuovo Assessore!

PRESIDENTE: Mantengo ferma la mia proposta che non è contro lo Statuto e l'art. 33. L'art. 33 dice: "Qualora occorra procedere alla sostituzione di un nuovo Assessore il Presidente del Consiglio convoca il Consiglio entro 15 giorni,". Se il Consiglio accetta la mia proposta di non procedere alla nomina del nuovo Assessore, dice praticamente: per ora non occorre la elezione del nuovo Assessore. Mantengo questa proposta e la metto ai voti: 23 favorevoli, 2 contrari, 8 astenuti.

Il Consiglio con ciò ha deciso di non procedere per ora alla nomina del nuovo Assessore.

E' stato trasformato in mozione l'ordine del giorno dei cons. Nardin-Scotoni-Vinante-Paris-Caminiti. Loro conoscono il testo: chiede la nomina di una commissione di studio che presenti una legge di iniziativa consiliare. Essa verrà messa all'Ordine del giorno della prossima tornata, a meno che non vi sia altra richiesta.

NARDIN (P.C.I.): Avevo fatto la richiesta che venisse votata l'inserzione all'Ordine del giorno di questa tornata, permetta che mi consulti con i colleghi per vedere se insistono per questa o per la prossima tornata.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Votazione a scrutinio segreto.

PRESIDENTE: La mozione tutti la conoscono. Normalmente viene messa all'ordine del giorno della prossima sessione. E' stata fatta richiesta, a sensi dell'art. 112 del regolamento, della trattazione urgente della mozione sarà seguita la procedura prevista dal secondo comma dell'art. 49. L'art. 49 prevede che se il Consiglio vota la mozione a maggioranza dei $\frac{3}{4}$ la mozione viene inserita all'ordine del giorno, nel qual caso va all'ultimo punto dell'ordine del giorno.

BRUGGER (S.V.P.): Ich möchte nur sagen, daß wir gegen die Einschließung dieser Motion in die Tagesordnung stimmen werden. — Nicht deswegen, weil der Sinn dieser Motion uns nicht angenehm ist, sondern rein deswegen, weil wir im Inhalt dieser Motion, mit dem wir auch einverstanden sein könnten, eine Verzögerung der Durchführung des Art. 14 sehen. Wir möchten deswegen einen anderen Weg vorschlagen, was unsere Seite betrifft, und zwar, daß unsere Gruppe dafür sorgen wird, Initiativgesetze einzubringen zur Anwendung des Art. 14. — Der Herr Präsident des Regionalrates hat dann ohne weiteres die Möglichkeit, über die Beurteilung dieser Gesetze eine Sonderkommission einzuschalten, wenn er es wünscht; ansonsten würden diese Initiativgesetze ja die Termine einhaltend an die zuständige Kommission für die entsprechende Materie gehen. — Wir glauben, daß wir auf diesem Wege, nämlich über die Initiativgesetze, schneller zur Anwendung des Art. 14 kommen werden. —

PRÄSIDENT: Ich möchte den Herren bekannt geben, daß die Beschlußantragung, also die Motion, sowieso auf die Tagesordnung kommt. Es dreht sich ja nur darum, ob sie auf die Tagesordnung dieser Session noch kommt oder ob sie auf die Tagesordnung der nächsten Session kommt, und dann kann man immer noch die Motion abweisen; aber jetzt kann man nicht darüber das Wort ergreifen und sagen, wir sind gegen den Inhalt der Motion aus diesen und jenen Gründen — man kann nur sagen: wir sind jetzt dagegen, daß es dringlich behandelt wird und schon auf die jetzige Tagesordnung, auf die jetzige Session kommt.

Dice che è contrario all'inserzione e che preferisce che venga presentata la legge dal gruppo, c'è poi sempre la possibilità di nominare una commissione speciale che esamini questa legge. Ho fatto osservare che la mozione viene messa all'Ordine del giorno, qui si tratta solo di vedere se viene inserita nell'Ordine del giorno di questa sessione o della prossima che è quella ordinaria della prima settimana di luglio.

BENEDIKTER (Assessore agli Affari Generali - S.V.P.): Per dichiarazione di voto. Devo chiarire meglio il pensiero. Noi riteniamo nel merito della questione che la istituzione di una commissione di studio po-

trebbe solo ritardare la trattazione di leggi di applicazione dell'art. 14. Perciò preferiamo presentare noi questi disegni di legge. Eventualmente in quella sede potrebbe essere anche deliberata l'istituzione di un'apposita commissione legislativa con elementi più qualificati, secondo lo schema previsto dal nostro regolamento. Ma desideriamo presentare noi di nostra iniziativa i relativi disegni di legge.

PRESIDENTE: Queste discussioni si devono fare quando la mozione sarà discussa, qui si deve discutere se si è d'accordo di metterla subito o dopo all'Ordine del giorno.

NARDIN (P.C.I.): Sarei d'accordo di ritirare la proposta di inserimento straordinario all'Ordine del giorno, facendo notare questo: Annibale era alle porte per i dirigenti della S.V.P. se non si affrontava il problema delle dimissioni e dell'elezione dell'Assessore all'agricoltura; già troppo tempo era passato, troppa acqua nel Passirio, nell'Adige e nel Talvera era scorsa dacché doveva essere iniziata la attuazione dell'art. 14. Da una parte si dice: "la vostra proposta non è giusta,, come ha detto il Presidente della Giunta, dall'altra però non si dice in che maniera si potrebbe iniziare sollecitamente la attuazione dell'art. 14. Di fronte a queste due tesi così poco concilianti e così opposte che hanno creato quel po' po' di battaglie di tutti i tipi nella nostra Provincia ed anche fuori, avevamo creduto di assolvere un poco degnamente alla nostra funzione di Consiglieri cercando di dare un modesto contributo per giungere quanto prima ad una chiarificazione — anche se questo termine è molto svalutato in questo momento —, a dei possibili accordi sul piano più largo di questo Consiglio; soprattutto dal momento che si era lamentato così decisamente il fatto che la Giunta non aveva approvato questo disegno di legge che per quasi un anno o più era rimasto nelle sabbie degli uffici della Giunta regionale, pensavamo che sarebbe stato utile trasportare dalla Giunta al Consiglio la questione, suggerendo la nomina di una commissione, incaricata di studiare alcuni criteri relativi all'attuazione dell'art. 14, magari dando la preferenza al campo dell'agricoltura. Non si vuole neanche questo? Ritiriamo la proposta e ci riserviamo di presentarla quando meglio ci parrà.

PRESIDENTE: La mozione non la ritirate, voi ritirate la proposta di urgenza...

NARDIN (P.C.I.): La mozione me la riprendo perché ho tempo di pensarci su ed anche di ripresentarla.

PRESIDENTE: La seduta è tolta. Martedì alle 9 $\frac{1}{2}$.

(ore 18.30)

